Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag und Druck:** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank. Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100848 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 22. September 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 208**

Völkerbund und Kriegspakt hinter den Kulissen

Geheime Kabinettsverhandlungen — Der Reichstag hat nichts zu sagen

Kabinettsberatungen über den Garantiepakt

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 22. September.**

Da das Garantiepaktkompromiß durch die Kabinettsberatungen noch nicht am Mittwoch abgeschlossen ist, ist die Mittwochsitzung des Auswärtigen Ausschusses auf Ersuchen der Regierung vertagt worden. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich einige Tage später stattfinden. Die Kabinettssitzung findet hinter verschlossenen Türen statt, zwischendurch Fraktionssitzungen der Deutschnationalen. In der entscheidenden Mittwochsitzung soll Hindenburg — wahrscheinlich zur Ausgleichung der Gegensätze — den Vorsitz übernehmen.

*

(TU.) **Berlin, 21. September. Das Reichskabinett trat heute nachmittag zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, an der alle Reichsminister mit Ausnahme des dienstlich abwesenden Reichswehrministers teilnahmen. Ministerialdirektor Dr. Gaus erstattete ausführlichen Bericht über die Londoner Besprechungen, woran sich nach einem Referat des Reichsaußenministers eine Aussprache über die weiteren mit dem Sicherheitspakt zusammenhängenden Fragen schloß. Die Beratungen des Kabinetts werden morgen fortgesetzt werden. Die endgültige Entscheidung wird in einem unter Vorsitz des Reichspräsidenten abzuhaltenden Kabinettsrat getroffen werden.**

*

(TU.) **Berlin, 22. September. (Morgenblätter.) Wie der „Tag" erfährt, werden vor dem offiziellen Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Besprechungen des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers mit den Führern der Reichstagsparteien stattfinden.**

*

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses verschoben

(TU.) **Berlin, 21. September. Da möglicherweise die Kabinettsberatungen noch nicht am Mittwoch abgeschlossen sein werden, ist die Mittwochsitzung des Auswärtigen Ausschusses, wie von der Regierung erklärt wird, verlegt worden. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich einige Tage später stattfinden.**

*

Die **Frage des Sicherheitspaktes** und des **Eintritts Deutschlands in den Völkerbund** nähert sich der **Entscheidung.** Zwar heißt es in der Weimarer Verfassung, daß die Regierung vom Volke ausgeht, aber die augenblickliche Regierung pfeift darauf. Nach dem Muster der alten wilhelminischen Geheimdiplomatie wird **hinter den Kulissen** in Kabinettssitzungen **über die entscheidendsten Fragen des gesamten deutschen Volkes verhandelt.**

Wie die oben wiedergegebenen Meldungen zeigen, hält man es für nötig, die Presse nur formell zu benachrichtigen über diese oder jene stattfindende oder noch nicht stattgefundene Kabinettssitzung. Schon gar keine Rede ist davon, daß, wie die kommunistische Reichstagsfraktion verlangt hat, der **Reichstag sofort einberufen** wird, um vor aller Oeffentlichkeit Lebensfragen des deutschen Volkes zu entscheiden.

Die derzeitigen Machthaber in Deutschland, die Hindenburg und Luther, haben auch alle Ursache, sich möglichst der Oeffentlichkeit zu entziehen. So sehr sie „nationale Würde" markieren möchten, **Völkerbund und Kriegspakt sind doch längst entschiedene Fragen,** und zwar entschieden im Sinne des Ententekapitals. Genau so wie die deutschnationale Regierung längst die **Zusage zu der Paktkonferenz in Luzern** gegeben hat, genau so wird sie **auch alle übrigen Schritte mitmachen, die Deutschland endgültig einfügen als Vasall in die ententekapitalistische Front, die vor allem gegen Sowjet-Rußland gerichtet ist.** Dem Reichstag wird allenfalls die Gnade zuteil werden, den außenpolitischen Verträgen nachträglich den Segen zu geben.

Die Arbeiterklasse muß den vollen Ernst der Situation erfassen. Das Kabinett der Unterwerfung muß abtreten. Der Regierung Luther-Stresemann, dieser Regierung, die zu dem Zoll- und Steuerraub die außenpolitische Versklavung der werktätigen Massen fügt, gilt der allerschärfste Kampf!

Der Straßburger Arbeiter- und Bauern-Kongreß verlangt das Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen

(TU.) **Straßburg, 21. September. Der Bauern- und Arbeiterkongreß in Straßburg, auf dem 125 000 Arbeiter durch 600 Delegierte vertreten waren, hat beschlossen, für Elsaß-Lothringen das Selbstbestimmungsrecht zu fordern. Bestimmend für die Haltung dieses Kongresses war eine Erklärung der Kommunistischen Partei Frankreichs in der elsässischen Frage, in der die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für das elsässische Volk verlangt wird. Es wurde ferner ein 24stündiger Generalstreik als Protest gegen den Marokkokrieg beschlossen. Wie die „Humanité" mitteilt, wird ein Offener Brief an die am 5. Oktober in Genf tagende Ministerkonferenz gerichtet werden, in dem das Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen gefordert wird.**

Genosse König-Weißenfels zum Bürgermeister von Hindenburg gewählt

Hindenburg. Bei der Stadtverordnetenwahl in Hindenburg (Oberschlesien) wurde Genosse König, Weißenfels, mit 13 von 23 Stimmen zum 2. Bürgermeister gewählt. Der Mieterschutzabgeordnete Diebold wurde mit 19 von 23 Stimmen zum besoldeten Stadtrat gewählt. Bürgerliche und Sozialdemokraten verließen vor der Wahl den Saal.

Die schweizerischen Arbeiter fordern eine Delegation nach Rußland

Die Züricher Straßenbahner nahmen folgende Resolution an:

„1. Die Sektion Zürich des VPOD. beauftragt die Geschäftsleitung, mit dem Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, daß auch die schweizerische Arbeiterschaft eine Delegation nach Sowjet-Rußland abordnet.

2. Sollte das Bundeskomitee des GB. diesem Gesuch ablehnend gegenüberstehen, tritt die Geschäftsleitung mit anderen Zentralverbänden in Verbindung, um zusammen mit denselben eine Delegation abzuordnen."

Gewerkschafter fordern Rußland-Berichterstattung

Bremen. Eine Mitgliederversammlung des Deutschen Baugewerksbundes in Wilhelmshaven, die von 200 Kollegen besucht war, beschloß, den Vorstand zu beauftragen, schnellstens eine Mitgliederversammlung einzuberufen, in der ein Rußland-Delegierter Bericht erstatten soll. Gleichfalls wird der Ortsausschuß des ADGB. aufgefordert, sofort eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, gleichfalls zum Zwecke der Berichterstattung aus Sowjet-Rußland. Diese Anträge wurden gegen drei Stimmen angenommen. Gleiche Anträge wurden im Zimmererverband angenommen.

Der Weiße Terror in Rumänien und Polen

In dem Gefängnisspital zu Kischinew erlag ein Angeklagter des Kischinewer Bauernprozesses seinen Wunden, die er bei den Folterungen während seiner Inhaftierung erlitt. Die Behörden versuchen, den Fall totzuschweigen.

Der Häftling im rumänischen Gefängnis Doftany, Max Goldstein, befindet sich 36 Tage im Hungerstreik als Protest gegen die Gewalttaten an den politischen Gefangenen. In diesem Gefängnis erhalten die politischen Gefangenen nur dreimal wöchentlich Nahrung und sind den unmenschlichsten Folterqualen ausgesetzt.

*

Nach einer Meldung aus Warschau wurden die Arbeiter Muschinski und Zatorski, sowie die Schneiderin Rappoport nach dreijähriger Kerkerhaft vom Warschauer Bezirksgericht freigesprochen, nachdem der Beweis für ihre Zugehörigkeit zur kommunistischen Jugend nicht erbracht werden konnte.

*

Das Lomschaer Bezirksgericht verurteilte drei Bauern zu je neun Monaten Gefängnis wegen der Behauptung, daß die Polizei die Verhafteten folterte. Das Warschauer Appellationsgericht sprach die Angeklagten jedoch frei, da die Behauptungen als Wahrheit erwiesen wurden.

Rote Tage

Pirna. Der am Sonnabend und Sonntag von der KPD. und dem RFB. einberufene Rote Tag gestaltete sich zu einer wuchtigen Kundgebung gegen die faszistischen Treibereien, für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, gegen die Versuche eines neuen Völkermordens. Am Sonnabend wurden mit Musik die zahlreichen Delegationen, die von auswärts kamen, abgeholt. Am Sonntagnachmittag demonstrierten zirka 3000 Arbeiter durch die Stadt.

*

Stuttgart. Am Sonntag fand in Weiblingen ein Roter Tag statt, an dem sich etwa 2000 Arbeiter beteiligten. Genosse Rosenberg-Berlin sprach zu den Massen über den Zoll- und Steuerraub und den Kriegspakt gegen Sowjet-Rußland, dem die Arbeiterschaft die rote Klassenfront entgegenstellen müsse. Daran anschließend fand eine wuchtige Demonstration mit roten Frontkämpfern an der Spitze statt.

*

Dortmund. Nachdem am Donnerstag von der Polizei eine Demonstration des Roten Jungsturms auseinandergesprengt wurde, demonstrierten am Freitag Tausende von Arbeitern durch die Straßen der Stadt. Die Kundgebung richtete sich gegen den augenblicklich im Ruhrgebiet weilenden Reichspräsidenten Hindenburg. Dem Demonstrationszuge voran marschierte ein Fackelzug des RFB. und des RJSt.

Die Großmacht der Presse

Zu unserer Pressepropaganda

Halle, 22. September.

Nach einer Statistik gibt es in Deutschland etwa **3152 Zeitungen.** Davon bezeichnen sich etwa **2000** als **„neutral".** Etwa **1000 Zeitungen** bekennen sich offen zu einer der vorhandenen **bürgerlichen Parteien.** Die **Sozialdemokraten** besitzen **142 Zeitungen,** d. h. also, noch nicht ein Zwanzigstel aller Blätter. Die **Kommunisten** verfügen sogar **nur über ein Hundertstel aller Zeitungen.**

Diese kurzen tatsächlichen Angaben sind eine ungeheuer eindringliche Mahnung an alle, die für den Befreiungskampf des Proletariats eintreten. Diese Zahlen beweisen nämlich, daß das revolutionäre Proletariat, was die Beeinflussungsmöglichkeit durch die Presse betrifft, heute noch **ungeheuerlich im Rückstand ist.** Fast alle bürgerlichen Zeitungen, nicht nur die Blätter der bürgerlichen Parteien, sondern gerade die sogenannte parteilose Presse, stehen mehr oder minder offen **im Dienste großer kapitalistischer Konzerne.** Es braucht nur daran erinnert zu werden, wie der Stinnes-Konzern in seiner Glanzperiode in Deutschland Dutzende von Zeitungen aufgekauft hat samt den dazu gehörenden Redakteuren. Es braucht nur darauf hingewiesen werden, wie nicht nur die Zeitungen direkt gekauft, sondern wie auch die notwendigen Papierfabriken und die dazu wiederum notwendigen Wälder, deren Holz bekanntlich zur Papierverarbeitung verwandt wird, im Besitz gewisser Konzerne benutzt wurden, um Zeitungen **wirtschaftlich und damit auch politisch** von bestimmten kapitalistischen Interessen abhängig zu machen. Dieses System der Nutzbarmachung der sogenannten „öffentlichen Meinung" für die kapitalistischen Interessen ist tief begründet durch die sogenannte **Pressefreiheit im bürgerlichen Staat.** Denn diese „Pressefreiheit" ist nichts anderes als ein **absolut kapitalistisches Erwerbsunternehmen, wobei die wirkliche Freiheit der Presse** eben durch diese kapitalistische Beherrschung der Presse praktisch aufgehoben ist. Wie tief sich diese kapitalistische Korruption eingegraben hat in das ganze Zeitungssystem, ersieht man ja auch daraus, daß selbst **die sozialdemokratische Presse mit der Zeit vollkommen verbürgerlicht** wurde und durchaus nicht von der kapitalistischen Korruption verschont blieb. Bei dem Barmat-Skandal ist es herausgekommen, daß Barmat — nicht der schönen Augen der Wels, Heilmann und Konsorten wegen, sondern aus ganz bestimmten materiellen Gründen — große führende sozialdemokratische Blätter finanziert hat.

Nun gibt es viele Arbeiter, denen an sich diese Tatsachen bekannt sind, die aber aus einem gewissen **Schlendrian** heraus noch immer **Leser vor allen Dingen der Generalanzeiger-Presse** sind. Viele dieser Proletarier bilden sich ein, sie könnten durch derartige Zeitungen politisch nicht weiter beeinflußt werden im anti-proletarischen Sinne. Aber selbst der klassenbewußteste Arbeiter, das ist ganz klar, wird natürlich nach einer gewissen Zeit des Lesens offen oder versteckt arbeiterfeindlicher Zeitungen alle Vorgänge des politischen Lebens **durch eine bestimmte Brille sehen.** Die kapitalistische Beeinflussung ist schon in dem Moment da, wo durch die Lektüre der nicht kommunistischen Presse **die wirklichen politischen Vorgänge für den betreffenden Arbeiterleser im Unklaren bleiben.**

Nehmen wir einige konkrete Beispiele. Hat nicht jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, auch der, der den Kommunisten fernsteht, nicht schon in großer Empörung erfahren müssen, daß sein bürgerliches Leib- und Magenblatt bei Wirtschaftskämpfen stets die kapitalistischen Interessen wahrgenommen hat? Die Art der Berichterstattung über die Lage dieser oder jener Berufsgruppe, die Art und Weise der Zusammenstellung des statistischen Materials über Löhne und Gehälter, die Methode, gerechte Forderungen praktisch zu sabotieren durch geschickt eingestreute Erklärungen vom „schlechten Stand der Wirtschaft", vom Versailler Vertrag, der an allem schuld ist, von der „höheren Gewalt der wirtschaftlichen Gesetze", und wie all diese Dinge noch heißen mögen, all das ist eine mehr oder weniger offene Stellungnahme **gegen die schwer um ihre Existenz ringenden werktätigen Schichten der Bevölkerung.** Ja, man kann feststellen, daß Arbeiter sogar noch dann bürgerliche Zeitungen lesen, wenn diese sie zynisch beschimpfen und sich über sie lustig machen. Während jeder dieser proletarischen Leser einer bürgerlichen Zeitung einen Verleumder, der tagtäglich in seine Behausung käme, achtkantig die Treppe herunterwerfen würde, in diesem Falle, wo der Verleumder in Gestalt der Druckerschwärze zu ihm ins Haus kommt, **bezahlt er ihn auch noch dafür, damit er ja ausgiebig verleumden kann.**

Oder nehmen wir einen anderen Fall: Untersuchen wir einmal, wie die **Frage der Aufwertung** in den Zeitungen aufgezogen war. Ist es nicht eine absolute Tatsache, daß eine ganz ungeheure Zahl von kleinbürgerlichen und proletarischen Anleihegläubigern von ihrer bürgerlichen Presse in geradezu grandioser Weise belogen und betrogen worden ist? Und doch bleiben diese betrogenen Sparer und Rentner Leser eines Lügenorgans!

Wir könnten die Reihe dieser Beispiele beliebig verlängern. In unserem Zusammenhang werden aber die genannten Beispiele schon genügen, um als Ausgangspunkt zu dienen für die Erörterung der entscheidenden Frage: **Wie gelingt es uns am besten, die proletarischen und kleinbürgerlichen Zeitungsleser dem Einfluß der kapitalistischen Presse zu entziehen?**

Wir wissen sehr genau, daß vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die Kapitalistenpresse trotz aller infamen Lügen von einer Pressefreiheit vor einer proletarischen Zeitung immer schon deswegen im Vorteil sein wird, weil der in Händen der Kapitalistenklasse konzentrierte Reichtum es dieser immer ermöglichen wird, **Verlagsanstalten, Druckereien, Zeitungen nach Belieben aufzukaufen.** Wir

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250922-19/fragment/page=0001

wissen, daß von einer Pressefreiheit für die Arbeiterklasse erst dann die Rede sein kann, wenn durch die Diktatur des Proletariats der Kapitalistenklasse die **Verfügungsgewalt auch über die Presse genommen wird und die materiellen Grundlagen für die sogenannte öffentliche Meinung, als da sind Druckmaschinen, Verlagsanstalten usw. der politisch herrschenden Arbeiterklasse übergeben werden.**

Aber genau so wie wir das Proletariat organisieren für den entscheidenden **politischen Kampf** um die Macht, genau so ist selbstverständlich **eine unserer Hauptaufgaben, schon heute mit allen Mitteln der kapitalistischen Presse Abbruch zu tun und neue Leser für die Arbeiterpresse zu gewinnen.**

Wir sind **uns nun dessen bewußt, daß diese** unsere Ausführungen diejenigen, die **noch** nicht **Leser unserer** Presse sind, leider nicht erreichen. Das heißt also, **daß** selbst die **allerbeste** propagandistische Ausgestaltung einer kommunistischen Zeitung nichts nützt, wenn nicht **diejenigen, die schon Leser der Arbeiterpresse sind und ihre Bedeutung erkannt haben, auf agitatorischem und organisatorischem Wege für unsere Presse wirken.**

Die Kommunistische Partei hat für diese Woche eine Werbekampagne für die Presse angesetzt. Es ist notwendig, daß die **breitesten Kreise unserer Partei und jene Leser, die noch nicht Parteigenossen sind,** wirklich mit allem Ernst und mit aller Zähigkeit, und zwar nicht für einen Moment, sondern auf längere Sicht Pressepropaganda betreiben. **In Betrieben,** wo der Arbeitskollege neben dem Arbeitskollegen steht, in Bekanntenkreisen, wo man sich über dieses oder jenes politische Problem unterhält, bei allen Veranstaltungen, **gleich welcher Natur, ob es sich um Sport** oder Kunst handelt, in jedem Falle und überall kann jemand, der überzeugt ist von der hohen Mission einer guten Arbeiterpresse, sehr wohl neue Leser gewinnen. Es kommt nur darauf an, daß diese **Werbung lokomotisch und organisatorisch zu fundiert durchgeführt** wird. Wenn zum Beispiel der Rote Frontkämpfer-Bund es in Halle allein möglich gemacht hat, durch eine einzige Werbekampagne 600 neue Kämpfer für die rote Front zu gewinnen, so ist ganz klar, daß instinktiv bei den **Massen die Sympathie auch für** die Arbeiterpresse vorhanden sein muß. Es dürfte bei genügender Aufklärung und **bei genügender Energie sehr wohl** möglich sein, sehr viele dieser zunächst gefühlsmäßig zur roten Front stoßenden Proletarier für unsere kommunistische Presse zu gewinnen.

Wie über das SPD.-Programm „abgestimmt" wurde

Die „Leipziger Volkszeitung" läßt sich durch ihren Berichterstatter aus Heidelberg darüber berichten:

„Auch auf dem Parteitag war von einer solchen gründlichen theoretischen Auseinandersetzung keine Rede. In zehn Minuten Redezeit lassen sich keine Probleme eingehend behandeln. In etwa einundeinhalb Stunden war denn auch die Aussprache beendet.

Die Abstimmung über das Programm war wieder eine der Art, daß viele Delegierte nicht wußten, worum es sich handelte. Weis lies über die Anweisung von Material abstimmen und erklärte nach dieser Abstimmung, daß das Programm gegen 6 Stimmen angenommen sei. Unmittelbar darauf begann er mit seiner Schlußrede, so daß es den Delegierten, die gegen das Programm stimmen wollten, gar nicht mehr möglich war, gegen die Art der Abstimmung Einspruch zu erheben. Wir fühlen uns verpflichtet, festzustellen, daß von einer formellen Abstimmung darüber, wer für und wer gegen die Annahme des Programms sei, keine Rede war."

Nun — und die Anwendung? Der Parteivorstand hat jetzt sein Programm und wird es gegen die Mitgliedschaft anzuwenden wissen. Er hat bereits seit Jahren ohne die Sanktion des Parteitages und nicht nur gegen das Parteiprogramm, sondern sogar gegen das Parteistatut gehandelt. **Was aber gedenkt die Opposition zu tun, die ja selbst sagt, daß dies neue Programm durchaus gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet ist?**

Die Ruhrkumpels gegen den schwarzweißroten Hindenburg-Rummel

Dortmund. Aus Anlaß des Besuchs Hindenburgs hatten die Schachtanlagen auf den Fördertürmen schwarzweißrote Fahnen gehißt. Auf der Zeche Tremonia wurde die schwarzweißrote Fahne heruntergeholt und zerrissen. Der rote Streifen der Fahne wurde von den Arbeitern wieder hochgezogen und konnte erst nachträglich durch Zechenbeamte heruntergeholt werden. In Hamruch holten die Bergarbeiter ebenfalls eine Fahne herunter, die dann auf dem Marktplatz, wo sich eine tausendköpfige Menge versammelt hatte, verbrannt wurde.

Bilanz der chinesischen Freiheitsbewegung

Ihre Bedeutung für das internationale Proletariat

Vor dem Ausbruch des großen Schanghaier Streiks im Juni d. J. wußten die breiten Massen in Westeuropa kaum etwas von der Existenz eines revolutionären chinesischen Proletariats. Bekannt war vorwiegend der Begriff des Kuli, des wehrlosen, unorganisierten, dem Imperialismus schutzlos ausgelieferten Sklaven.

In der ersten Phase des Streiks dieses Sommers trat das proletarische Gesicht der Bewegung noch nicht so deutlich hervor, besonders da in der imperialistischen Presse überall mehr der **nationale** Charakter der revolutionären Kräfte betont wurde. Tatsächlich nahmen in den ersten drei Wochen alle Schichten, die durch den ausländischen **Imperialismus ökonomisch** geschwächt und unterdrückt wurden, **besonders Kaufleute und Intellektuelle,** an dem Streik teil, und im Vordergrund standen deren nationale und wirtschaftlich-politischen Forderungen gegen die fremde Unterdrückung. **Aber im weiteren Verlauf traten immer schärfer die Arbeiterforderungen hervor,** wie ja auch die blutigen Maßnahmen der fremden Polizei und Soldateska sich in erster Linie gegen die streikenden Arbeiter richten. Die Arbeiterforderungen der Schanghaier Gewerkschaften: **Anerkennung der Gewerkschaften, Erhöhung des Arbeitslohnes, 60-Stunden-Woche, einen wöchentlichen Ruhetag, Wiedereinnahme aller Streikenden usw.,** bildeten die Grundlage der Streikverhandlungen, aber auch die Ursachen zu immer neuen blutigen Provokationen und Maßnahmen der Imperialisten. Die Japaner zeigen sich in diesen Verhandlungen verlöhnlicher, **aber nur aus Konkurrenzgründen gegenüber England,** das naturgemäß der schärfste und erbittertste Gegner unter den fremden Ausbeutern ist, da es durch die revolutionäre Bewegung in China nicht nur seinen Besitz und Einfluß hier, sondern auch das benachbarte indische Kolonialreich bedroht steht. Während die Verhandlungen der chinesischen Seeleute mit den Japanern verhältnismäßig schnell zu einem für die chinesischen Arbeiter wenn auch **nicht vollständig,** siegreichen Abschluß des Streiks führten, ging der Kampf gegen England, das durch das Verhalten Japans isoliert ist, verschärft weiter, und sein **Verlauf** hat gezeigt, daß die Engländer, die der Monate dauernde Boykott ihres Handels schwer schädigt, nun erst recht nicht nur **Gewalt, Blut, Mord,** ja vor offenen **Hinrichtungen kommunistischer Führer** zurückschrecken. Ihre Hauptstütze ist **Tschangkaischek.** Aber einer Massenbewegung, bei der wie in China Millionenmassen bereitstehen, die sich über ungeheures Hinterland verteilen, ist schwer, auch mit den schärfsten, selbst bulgarischen Methoden beizukommen. Selbst mit einer Intervention kann diesem Hinterland gegenüber nichts ausgerichtet werden. Deshalb ist es zweifelhaft, ob England eine Intervention wagen wird, auch aus Gründen der wirtschaftlichen Konkurrenz, weil es **die bevorstehende gute Konjunktur gegenüber Japan und Amerika** nicht verpassen will.

Es ist klar, daß für die chinesischen Arbeiter jetzt alles darauf ankommt, diese verhältnismäßig günstige Situation auszunutzen, das heißt, alle Kräfte anzustrengen, daß die Verhandlungen nicht vorzeitig abgebrochen oder zum Abschluß gebracht werden müssen unter dem Druck aller konterrevolutionären Kräfte, die England dauernd zu mobilisieren sucht, um die **Kanton-Regierung in die Enge zu treiben.**

Der Streik hat schon ungeheure Summen verschlungen, obwohl der einzelne chinesische Arbeiter sich die größten Opfer auferlegt. Er braucht in der heutigen Phase des Kampfes **mehr denn je die Unterstützung, und zwar die materielle und moralische, des europäischen Proletariats.** Und dies um so mehr, als hier dessen eigene Interessen, die Sache des Gesamtproletariats, im Spiel ist, als in dem in einen gewaltigen revolutionären Klassenkampf, in den Kampf um seine Befreiung hineingewachsenen chinesischen Proletariat ein **Riesenblock gegen den Weltimperialismus** erstanden ist, der für das Gesamtproletariat ein ungeheurer Zuwachs an Macht und Kraft bedeutet.

Diese Erkenntnis muß den Arbeitern des Westens in ihrer ganzen Tragweite bewußt werden. Der Schanghaier Streik hat **Millionenmassen in die revolutionäre Bewegung hineingerissen.** Die Arbeiterklasse Chinas ist trotz ihrer jungen und deshalb noch schwachen politischen und gewerkschaftlichen Organisation die führende und ausschlaggebende Kraft der nationalen Bewegung geworden. Die Massen sind zum politischen und revolutionären Bewußtsein erwacht. **Die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei Chinas hat sich während des Streiks verdoppelt.** Auch die Bauern schließen sich zusammen zu revolutionärem Widerstand. Während des Streiks formierten sich an verschiedenen Orten **Militärtruppen der Bauernschaft,** um die revolutionäre Bewegung zu unterstützen, und der **Beschluß** des **Bauernkongresses, sich der Roten Bauern-Internationale anzuschließen,** ist ein Beweis, daß der Streik auch unter den Bauern in wenigen Monaten eine politische Arbeit geleistet hat, die normalerweise nicht in Jahren erreicht worden wäre.

Alle diese Vorgänge haben eine über die Grenzen Chinas hinausreichende Bedeutung. Alle Verschleierungen und Lügenmeldungen der imperialistischen Presse können nicht verhindern, daß auch in Indien, in Korea, überhaupt in ganz Asien, die Wahrheit über den „chinesischen Juni" unter die breiten Massen kommt. In einer koreanischen Zeitung, der liberalen „Tronha Irbo" (50 000 Auflage) heißt es:

„Wir sind an der Schwelle einer neuen historischen Etappe. Die Volksmassen beginnen durch diese Ereignisse selbst zu erkennen Sie beginnen zu lernen und sich zu organisieren. Die erste Etappe ist hinter uns. Vor Opfern zurückschreckend, fallen jene Leute ab, die der Sache des gesamten Volkes in ihrem Innern fremd gegenüberstehen. **Mit um so größerer Anstrengung, mit verdoppelter Energie müssen diejenigen den Kampf annehmen, die der Sache treu bleiben und auf deren Schultern von nun an die ganze Last des bevorstehenden Kampfes ruhen wird.** Möge die chinesische Bewegung ein anschauliches Beispiel sein, sich unaufhaltsam entfalten, zu ihrem Endziel führen."

Bei der strengen Zensur durch die Imperialisten, die jedes revolutionäre Wort, jeden aufrührerischen Klang der Sprache verbietet, sind diese Worte wie ein versteckter Aufruf etwa zur Organisierung der Revolution zu bewerten. **Die Massen Asiens geraten in Bewegung,** setzen sich in Marsch unter Führung der Arbeiter Chinas. **Der seit geraumer Zeit drohende Streik der indischen Baumwollspinnereien in Bombay ist jetzt, Mitte September, ausgebrochen,** ein neuer Schlag für den englischen Imperialismus.

Die Bedeutung dieser Tatsache von unausmeßbaren Folgen für die Proletarier aller Länder gilt es zu begreifen, und vor allem gilt es danach zu handeln; es gilt, die gewaltige proletarische Einheitsfront vom Westen zum Osten zu schaffen, **die Einheitsfront in der Gewerkschaftsbewegung, die Einheitsfront in der Hilfe für die chinesischen Arbeiter.** Ihr Heroismus ist ein leuchtendes Beispiel für alle kämpfenden Proletarier. Drei Monate Hunger, Maschinengewehrfeuer und maßlose Hetze ihrer Feinde haben ihre Widerstandskraft nicht brechen können. Gerade jetzt, wo England die revolutionären Kräfte mit allen Mitteln in die Enge zu treiben versucht, brauchen sie die Unterstützung des westlichen Proletariats. Es darf nicht aufhören, für China zu werben und zu sammeln.

Es muß eine einheitliche Chinaaktion erzwingen, es wird sie schaffen, indem überall die Chinaaktion der IAH. unterstützt und ausgebaut wird. Der Hilferuf der chinesischen Arbeiter, der infolge der neuen Einkreisungsversuche der Engländer vor wenigen Tagen an die europäischen Arbeiter gerichtet wurde, darf nicht ungehört verhallen.

Riesige Ausdehnung des indischen Baumwollarbeiterstreiks

(Eig. Drahtm.) **London, 22. September.**

Aus Bombay wird berichtet, daß Ende vergangener Woche die Arbeiter von weiteren Baumwollspinnereien sich dem Streik anschlossen. Im ganzen sind nunmehr etwa 50 Spinnereien von der Bewegung betroffen. Die Zahl der in den Streik getretenen Baumwollarbeiter hat sich im Laufe der letzten Tage auf 125 000 erhöht.

Aus dem Musterlande der Demokratie

Amerikas Kampf gegen den Kommunismus

(TU.) **Berlin,** 21. September.

Die „BZ." meldet aus Neuyork: Der Arbeitssekretär David kündigt an, daß die Vereinigten Staaten bezüglich des Sacklatwala-Falles noch weiter gehen werde. Das Staatsdepartement werde alle fremden Kommunisten, die in den Vereinigten Staaten wohnen, so schnell wie möglich ausweisen, da sie offen gegen die Staatsgewalt kämpfen und nach dem Manifest der 3. Internationale den bürgerlichen Staat zerstören wollen. Die Gesetze der Vereinigten Staaten machten diese Ausweisung zur Pflicht.

Der Kampf um das Petroleum

Genf. Die britische Völkerbundsdelegation teilt mit: Der britische Oberkommissar in Bagdad hat die Regierung in London davon benachrichtigt, daß türkische Streitkräfte erneut die Brüsseler Demarkationslinie überschritten und die Einwohner von 12 Dörfern verschleppt haben. Der Völkerbundsrat hat die Regelung der Mossul-Grenzfrage nach längerer Debatte vertagt und die Lösung dem Haager Schiedsgericht überwiesen.

Zusammentritt des Preußischen Staatsrats

(TU.) **Berlin,** 21. September. Der Preußische Staatsrat wird am 29. September zu seinem nächsten Tagungsabschnitt zusammentreten. Die erste Vollsitzung findet an diesem Tage nachmittags 5 Uhr statt. Die Dauer der Tagung wird vermutlich drei Vollsitzungen umfassen.

Der Bankier reitet über das Schlachtfeld

29 Erzählung von **Johannes R. Becher**

Wieder begann er, wie vom Fieber geschüttelt, während ihn sein Weib tröstlich. Er knirschte dabei mit den Zähnen und hatte Schaum vor dem Mund:

„Marie! Siehst Du immer noch nicht, wie er über das Schlachtfeld reitet!? . . . Hopp, hopp, hopp, hussassa, heissassa, hopp, hopp, hopp . . . Alarm! Alarm! Sturmglocken geläutet! Der Bankier reitet übers Schlachtfeld . . . O so traumdunkelhaft ist das alles, so geheimnisinnig . . . und was für glatte feinnervige Hände der hat, ein feiner, ein feiner Herr ist das, und jetzt, wie er wieder niest und die Glacéhandschuhe sich überstreift . . . Und wie die Erde voll Trübnis und Bitterkeit darunter ist, schmeckt Du das nicht, Maria, o, o, das war was . . . Gleich dem Weltende . . . So eine Verkündigung vielleicht, eine wie . . . so eine Gottesoffenbarung, ein Gesicht, was meinst Du dazu . . .

Jaques Weib hatte inzwischen das Talglicht angezündet. Dann rang auch sie liebend die Hände.

„Jaques, ob Du nicht besessen bist? . . . Geht nicht was um in Dir so was ganz Finsteres? Unaussprechbares!? . . ."

Jaques lachte immer noch.

„Hopp! Hopp! Hopp! Hussassa, heissassa! Hopp, hopp . . . Der reitet, sag ich Dir, reitet, reitet . . . O gar kein Ende nimmt diese verfluchte höllische, gespenstische Reiterei, bis das Feuer, dieses Feuer, diese glühende Höllenpeitsche, wie eine Dusche von oben vom Himmel kommt!"

Dann knieten beide nieder, bekreuzigten sich immer und immer wieder und beteten bis zur Früh vor dem kleinen Altar, einer gipernen Gotte, mit der Jungfrau Maria darin, und vor dem holzgeschnitzten Gekreuzigten, der so hoch, daß sein Dornenhaupt die Decke berührte, in dem Zimmerwinkel darüberhing.

„. . . sondern erlöse uns vom Uebel! . . ."

„Amen. A—men!" schluchzte monoton Jaques Weib.

•

Der Hahn krähte.

—

Früh am Morgen, noch vor der Messe, lief Jaques Weib zum Priester.

„Hochwürden! Denken Sie nur, was uns passiert ist! Ein Uebel ist uns widerfahren, eine Heimsuchung! . . ."

Der Priester hörte sich die Erzählung des Weibes an.

Da trat auch schon Jaques ein.

„So was wie Dämonen, Hochwürden! Schauen Sie doch nur, wie er aussieht! Wirr, wirr, ganz wirr im Kopf!"

Der Priester besprengte Jaques einige Male mit Weihwasser.

Jaques bekreuzigte sich.

Dann nahm ihn der Priester bei der Hand, fühlte ihm den Puls und sagte ganz freundlich:

„Jaques, setz Dich und erzähle!"

Jaques bekreuzigte sich.

„Im Namen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes . . . Nichts werde ich auslassen, noch hinzufügen, so wahr mir Gott helfe . . . Amen!"

„Na, also, Jaques, einen Traum hast Du gehabt, und einen Reiter hast darin Du gesehen, mit einem Zylinderhut, dem Bankdirektor Michelet ähnlich?!"

„Gewiß, Hochwürden, so ist es. Genau so. Dem Bankdirektor Michelet ähnlich und auf einem Roß, doch auf keinem Roß eigentlich nicht, ist er doch freihändig durch die Luft gefahren."

„Nun denk einmal genau nach, Jaques, war es auch wirklich ein Zylinderhut!?"

„Gewiß, Hochwürden, ein Zylinderhut."

„Und also kein Dreispitz?"

„Nein, Hochwürden, kein Dreispitz."

„Kein Dreispitz, Jaques, so wie der große Napoleon einen auf hat, Du weißt doch . . ."

„Nein, Herr, kein Dreispitz, so wie der große Napoleon einen auf hat . . . Ein Zylinderhut, ganz bestimmt ein Zylinderhut . . . Der große Napoleon war es nicht, den hätte ich ganz bestimmt erkannt, wenn er über das Schlachtfeld geritten wär . . ."

„Paß auf jetzt, Jaques! Und auch nicht der Gestalten aus Johannes Apokalypse eine, von der, wie Du gelesen hast, in der Heiligen Schrift geschrieben steht: „Und ich sahe den Himmel aufgetan; und siehe, ein weißes Pferd, und der darauf saß, hieß treu und wahrhaftig, und richtet und streitet mit Gerechtigkeit. Und seine Augen sind wie eine Feuerflamme und auf seinem Haupt viele Kronen, und hatte einen Namen geschrieben, den niemand wußte, denn er selbst. Und war angetan mit einem Kleide, das mit Blut besprengt war; und sein Name hieß Gottes Wort. Und ihm folgte nach das Heer im Himmel auf weißen Pferden . . ."

Jaques bekreuzigte sich, und schüttelte wieder den Kopf.

„Nein, nein, nein, Hochwürden, auch der war es nicht. Das, was Johannes da in seiner Offenbarung meint, ist doch der gottseligen Engel einer . . . Sicherlich, dieser war es ganz bestimmt nicht."

„Und gesehen hast Du ihn, wirklich gesehen, Jaques, mit Deinen eigenen leibhaftigen Augen gesehen . . .!?"

„Ich muß bekennen, Hochwürden, so wahr ich hier lebe, so wahr mir Gott helfe, ich sah ihn, von Angesicht zu Angesicht . . ."

„Und gelächelt hat er und gemicht und freundlich ringshin gegrüßt!?"

„Na, Hochwürden, wenn ich mir sein Gesicht jetzt so in der Erinnerung vorstelle, da kann ich's wirklich nicht mehr genau unterscheiden: es war aber, glaube ich, freundlich lächelnd und bissig zugleich. Vielleicht aber hat er auch gar nicht gelächelt, sondern gegrinst . . ."

„Aber das eine steht unumwunden fest: es war kein Dreispitz."

„Nein, Hochwürden, es war ein Zylinderhut."

Der Priester ging unruhig auf und ab.

„Laß Dir mal in die Augen sehen, Jaques. Gut so, gut! Also, ein Zylinderhut und ausgesehen soll er haben wie der Bankdirektor Michelet . . . Halluzination . . . Wie der Bankdirektor Michelet, der wohl im Park spazieren reitet oft morgens . . . Aber so ein gräuliches, abscheuliches Tier, so ein Drachengewürm, so ein Popanz von Reptil, wie Du eines im Traum gesehen haben willst, Jaques, das gibt es ja auf der ganzen Welt nicht . . . Warst Du nie in Deiner Jugend krank, Jaques?"

„Nein, Hochwürden!"

„Hast nie unter Bettnässen gelitten, nie Anfälle gehabt!?"

„Nein, Hochwürden!"

„Hast Du Dir nichts beim Militär geholt, Jaques, Tripper, Schanker oder so einen Ausschlag ganz vorn unter der Vorhaut des männlichen Gliedes an der Eichel . . .!?"

Der Priester sah dabei Jaques scharf ins Gesicht, hob den Zeigefinger und betonte alle Worte nachdrücklich pathetisch.

„Nein, Hochwürden . . . so wahr ich ein treues Kind der Kirche bin, ich schwöre: nein . . .!"

„Dann muß der Traum auf Ueberarbeitung beruhen, falscher Ernährung, nicht genügender Blutzirkulation, Jaques . . . Iß von nun an nichts gewürzt und nur leichte Speisen . . . Und mußt Dir den ganzen unsinnigen Traum möglichst rasch aus dem Kopf schlagen, denn so ein Traumbild kann gar leicht in Gotteslästerei, Zauberei oder in Gesetzesfrevel ausarten . . . Und leg, wenn Du schläfst, Dir ein nasses Tuch auf den Kopf . . . Und Beichten und Rosenkranzbeten nicht vergessen, Jaques . . ."

Die Glocke zur Frühmesse von der Dorfkirche nebenan läutete.

Jaques und Marie standen, sich bekreuzigend, auf.

„Bürger Jaques Rillot! Ich muß jetzt das Verhör beenden . . . Kommt beide gleich mit zur Frühmesse."

Marie küßte dem Priester die Hand.

Dann krochen sich Jaques und Marie zur Tür hinaus.

Tief in sich gekrümmt knieten Jaques und Marie auf der hintersten Bank in der Dorfkirche.

Sie beteten nicht, sondern schrien:

„Heilige Maria, Mutter Gottes, bitte für uns arme Sünder jetzt und in der Stunde unseres Absterbens . . . hilf! hilf! hilf! . . ."

Und wie es im Leichenschauhaus hallt, wenn der Totengräber und sein Gehilfe mit wuchtigen Hammerschlägen einen Sarg zunagein, so knarrten jetzt von den feuchten Wänden des Dorfkirchleins dröhnend wieder die Stimmen der gläubigen Gemeinde im Chor:

„Amen! Amen!"

•

Jeder klassenbewußte Prolet hätte Jaques den Traum deuten können. Dazu gehörte nicht ein sonderlich kluger Kopf, sondern — wogegen sich sonderbarer Weise die sonderlich klugen Köpfe oft am hartnäckigsten sträuben — die Einsicht in den Mechanismus der Geschichte und: daß unsere Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, die Erkenntnis dieser Tatsache am eigenen Leib. —

„Die Auslegung Deines Traumes, Jaques, ist meiner Meinung nach wenigstens höchst einfach", hätte ihm solch ein Prolet zur Antwort gegeben.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250922-19/fragment/page=0002

Partei-Diskussion

Setzen die Genossen Rosenbaum und Kilian die Methode der doppelten Buchführung fort oder nicht?

I.

In Halle ist, nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre, nicht nur eine Abneigung, sondern geradezu ein Mißtrauen vorhanden, daß der Brief der Exekutive von den verschiedensten Richtungen zu üblen persönlichen Anwürfen und Abfälgereien ausgenutzt werden könnte. Ich betone, daß ich als das Wesentlichste und als die nächste Konsequenz des Briefes der Exekutive ansehe, daß die Partei endlich über die Proklamierung der Grundsätze über die marxistisch-leninistische Staatstheorie und über die grundsätzlichen Aufgaben und die Rolle der Partei hinaus endlich eine **konkrete Plattform** schafft, ohne die ein „Heran an die Massen" und dadurch die bewußte Förderung eines linken Flügels der deutschen Gewerkschaftsbewegung gar nicht möglich ist.

Leider hat sich eine andere Aufgabe in unserem Bezirk bereits als notwendig herausgestellt, nämlich allen Mitgliedern zu zeigen, daß auch bei uns die mit Recht von der Exekutive so scharf kritisierte Methode der **doppelten Buchführung** fortgesetzt wird. Und hier an diesem Punkte müssen alle diejenigen, die bei einem Angriff gegen bestimmte Personen nervös werden oder Rechtfaberei-Debatten und, wie Genosse Maslowski sich in der Funktionärsitzung ausdrückte, „Umstülpungspolitik" befürchten, eines ganz nüchtern überlegen:

1. Es ist ein **Unterschied zwischen einfachen Mitgliedern**, die den gleichen Ueberblick über die Vorgänge in der Partei und die großen politischen Ereignisse wie die Parteileitungen gar nicht haben können, **und den Parteileitungen.** Die Verantwortlichkeit muß deshalb auch verschieden gemessen werden.

2. Es kommt nicht darauf an, ob ein Genosse bewußt oder unbewußt doppelte Buchführung betreibt und **damit** von dem Wesentlichsten des Briefes ablenkt, sondern es kommt darauf an, daß das die **Wirkung** dieser Methode und bestimmter politischer Auffassungen ist. Solche Genossen müssen politisch auf das allerschärfste bekämpft werden, eben dieser politischen Methoden und Auffassungen wegen, Person und Auffassung sind da unmöglich zu trennen.

II.

Genosse **Kilian** ist, wenn auch wahrscheinlich unbewußt, einer von denjenigen, die durch die Verschiebung der Diskussion vom Wesentlichen der Erkenntnis der bisherigen Fehler und des Herausarbeitens der Weiterarbeit auf das Gebiet der Entschuldigungen, die Partei an der notwendigen Einstellung **hindern.**

Sehen wir uns seinen Artikel im „Klassenkampf" vom Sonnabend an!

1. Genosse Kilian lenkt von der inhaltlichen Besprechung der Gewerkschaftsarbeit ab, er **verhindert die Herausarbeitung der richtigen Taktik zur Herausbildung eines linken Flügels der Arbeiterbewegung,** indem er die Fragestellung des Briefes der Exekutive, daß die Auflösung der alten Gewerkschaftsabteilung ein schwerer Fehler war, beiseite tut und Entschuldigungen für das Nichtvorhandensein einer breiten Gewerkschaftsabteilung in den Mittelpunkt rückt.

2. Genosse Kilian weist den Angriff Höckers zurück, erklärt aber am Schlusse dieses selben Absatzes, daß an der Einflußlosigkeit der Partei **die Passivität der Massen schuld sei, und daß die Parteitreue gar nichts mit dieser Frage zu tun habe.** Die Passivität der außerhalb der Partei stehenden Arbeitermassen aber ist doch auch — man vergesse nicht auf einmal die grundsätzliche Auffassung von der Rolle der Partei! — zurückzuführen über die Parteimitglieder auf die Parteileitung! **Genosse Kilian ist also in diesem Punkte,** der eine völlige Umstellung in den Gehirnen derer bedeutet, die bisher die von der Exekutive in dieser Hinsicht zitierten Aeußerungen der Genossin Fischer sich zu eigen gemacht hatten, **gegen den Brief der Exekutive.**

3. Genosse Kilian macht einen Unterschied zwischen der Periode in der Führung Ruth Fischer-Maslow, in der er diese Gruppe unterstützt hat und noch heute deckt, und einer anderen Periode, in der die opportunistischen Abweichungen und die diktatorischen Maßnahmen gegen die „Ultralinken" begonnen hätten, die er nicht deckt. Vorher schon ist aus seinem Artikel zu entnehmen, daß er nicht nur gegen die in der Preußentrise und bei der Reichspräsidentenwahl vom Genossen Maslow gemachten Vorschläge, sondern auch gegen den Vorschlag eines Angebotes zur Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten gekämpft hat, und es passiert dem Genossen Kilian an dieser Stelle das Malheur, daß er völlig irrig **aus dem Briefe der Exekutive herausliest,** daß diese heute gegen diesen letzten Vorschlag Stellung genommen hätte. Die Exekutive kritisiert, daß nicht zugleich die notwendige Kampagne von unten her organisiert wurde, sie kritisiert Maslows Vorschlag als opportunistisch, aber an ihrem eigenen Vorschlag hält sie fest. Also **auch in diesem gerade entscheidenden Punkte,** für die weitere Politik der Partei, **stimmt Genosse Kilian mit der Exekutive nicht überein.**

Unter diesen Umständen darf die Zustimmung des Genossen Kilian bei der Abstimmung über den Brief der Exekutive nicht ohne Entgegnung bleiben, es muß aufgezeigt werden, daß er in den entscheidenden Fragen die Diskussionsgrundlage verschiebt und gegen die Exekutive ist.

III

Genosse **Rosenbaum** schreibt in seinem Artikel zur Parteidiskussion gleich zu Anfang: „... Wir, die wir seit längerem einen neuen Kurs verlangen ...", und damit ist eigentlich schon gekennzeichnet, daß Genosse Rosenbaum die Methode der doppelten Buchführung auch jetzt fortsetzt. Hat nicht Genosse Rosenbaum, der, als politisch an hervorragendster Stelle stehend, wie gesagt, etwas anders bemessen werden muß, als das einfache Parteimitglied, noch ganz kurz vor dem Briefe der Exekutive, aber nach dem Brief an den Parteitag, die Methode der Verschärfung fraktioneller Reminiszenzen angewandt, indem er gegen bestimmte Genossen eine wahre **Pogromstimmung** unter der Mitgliedschaft herauszubeschwören anregte? Hat nicht Genosse Rosenbaum in der hallischen Funktionärsitzung, die zu den Parteitagsbeschlüssen Stellung nahm, restlos den Parteitag verteidigt und einer Resolution, die sich mit dem Kapitel über die Geschichte der Partei nicht bis auf den letzten Buchstaben einverstanden erklärte und auch das Vertrauensvotum für die Zentrale ablehnte, schärfsten Kampf angesagt?

Aber wir wollen uns an den Diskussionsartikel nach dem Briefe der Exekutive und an sein Referat in der hallischen Funktionärsitzung halten. Was soll die Rederei über „einige bisherige Rechte, die die Zeit der Brandlerianer für gekommen halten?" Wer sind diese „Rechte", und was heißt politisch „die Zeit der Brandlerianer"? Ein „Zurück vor den Oktober 1923", wie derselbe Gedanke in einem Berliner Bezirk formuliert wurde, kann doch kein einziger Parteigenosse für mögl- oder wünschenswert halten! **Die Situation, die niemals die gleiche bleibt** oder noch einmal dieselbe wird, bedingt allein schon eine **immer neue konkrete Stellungnahme,** ebenso wird unsere gesamte theoretische Grundlage von Aktion zu Aktion, von Erfahrung zu Erfahrung in dem Sinne verändert, als sie die bisherigen Grundlagen erweitert und konkretisiert. Dieser Satz des Gen. R. bedeutet also nichts als die **Fortsetzung der Verdächtigungen** und damit die Verhinderung einer wirklich einheitlichen Partei.

Was bedeutet der nächste Abschnitt, in dem den Parteigenossen gesagt wird, daß sie nicht deutsche, sondern Weltpolitik betreiben müssen? Gewiß ist richtig, aber doch wohl auch Gemeingut der Partei, daß die Situation in Deutschland aufs engste verflochten ist mit den Ereignissen der anderen Länder, daß wir aus den Erfahrungen der anderen Länder und ganz besonders der russischen Genossen und der gesamten Komintern lernen und uns nach ihnen orientieren müssen. Aber, wo es heute gerade darauf ankommt, zu erkennen, auf Grund der ganz konkreten Vorgänge in Deutschland, in jedem Industriezweig und jedem Verband uns ein Aktionsprogramm zu schaffen, das natürlich auch die Weltsituation mit zur Grundlage hat, ist die Aufstellung der Parole **„Der deutsche Kommunist muß Weltpolitik treiben"** eine schöne Rede, mit der nichts gesagt, sondern viel eher die Herausarbeitung einer konkreten Plattform verhindert wird.

An einem Punkte beweist Genosse R. insbesondere, daß er noch heute nicht die gerade nach dem Oktober so heftig debattierte und auch heute für unseren Einfluß grundlegende Frage der **Einheitsfrontpolitik nicht verstanden** hat. Er meint:

„Man kann grob sagen, daß die Politik der Partei nach Frankfurt vor dem Oktober getrieben werden mußte (in der hochrevolutionären Situation), und daß die Politik vor dem Oktober (ohne den theoretischen und praktischen Unsinn des Brandlerismus) nach Frankfurt geführt werden mußte."

Das ist in der Tat „Umstülpungspolitik"!

In dem dritten Abschnitt seines Diskussionsartikels geht Genosse R. ausführlicher auf den Unterschied akut revolutionärer und einer Zeit „zwischen zwei Wellen der Revolution" ein, und — proklamiert, daß man in revolutionärer Zeit ruhig ein bißchen oberflächlicher arbeiten kann. Hierher gehört auch, was er im Schlußwort der hallischen Funktionärsitzung sagte, die zu dem 10. Parteitag Stellung nahm. Dort argumentierte Genosse Rosenbaum, dem Sinne nach, folgendermaßen: „Die in der Preußentrise herausgearbeitete Taktik der Einheitsfront muß radikal abgebrochen werden, wenn wir wieder aus der sauren Gurkenzeit heraus sind. Das aber begreift Du nicht, dann würdet Ihr uns ein zweites Mal in einen Oktober führen!"

Es ist richtig, und das hat die Gesamtpartei auch gerade aus dem Oktober gelernt und wieder gelernt, daß wir mit Verschärfung der Situation, daß wir mit wachsender Kampfesfähigkeit der Arbeiterklasse, uns umstellen, bewußt neue Organe (Arbeiterräte) schaffen, ihnen neue Aufgaben stellen und die konkreten Kampfeslosungen entsprechend verändern oder konkretisieren müssen. **Aber die Methode der Einheitsfronttaktik wird keineswegs abgebrochen** — wer das meint, wer als den Unterschied in mehr oder weniger revolutionärer Situation eine mehr oder weniger große Oberflächlichkeit feststellt, der hat trotz eifrigen Bekenntnisses weder den Brief der Exekutive noch überhaupt den Leninismus verstanden. Keiner hat so eindringlich die gewissenhafteste gründlichste Arbeit zu jeder Zeit verlangt und selber als Beispiel gegeben, wie Lenin.

IV.

Genosse Lenz gehört auch zu denen, die das System der doppelten Buchführung fortsetzen. Statt nach 1½ Jahren Verherrlichung der Theorien des Genossen Maslow herausarbeiten zu helfen, was alles daran antibolschewistisch ist — denn es ist nicht nur die Stellung zum 3. Weltkongreß und der Vorschlag bei der Präsidentenwahl — versucht Lenz zu beweisen, daß Genosse Maslow doch wenigstens nicht ganz so schlimm ist, wie die Exekutive ihn macht. Genosse Maslow habe, um mich auf ein Beispiel zu beschränken, nicht den ganzen 3. Weltkongreß verworfen, und Genosse Lenin habe doch selbst zugegeben, daß er damals einen Fehler gemacht habe. Das Zitat, das Lenz zum Beweis heranzieht, heißt aber vollständig:

„Ich muß einen Fehler beichten, den ich auf dem 3. Kongreß der Komintern aus übergroßer Vorsicht begangen habe. Auf diesem Kongreß stand ich auf dem extremsten rechten Flügel. Ich bin überzeugt, daß hier die einzig richtige Position war, denn eine sehr große (und „einflußreiche") Gruppe Delegierter mit mehreren deutschen, ungarischen und italienischen Genossen an der Spitze nahmen eine übermäßige „linke" und „unrichtige linke" Stellung ein, indem sie oft die nüchterne Berechnung der für die sofortige und direkte revolutionäre Tat gegebenen Lage durch ein allzu starkes Wehen mit dem roten Fähnchen ersetzten. Aus Vorsicht und aus Sorge, daß diese unbedingt richtige Taktik der Kominternes eine solche Richtung gebe, verteidigte ich möglichst Levi, indem ich meiner Vermutung Ausdruck gab, daß er seinen Kopf verloren hätte (ich leugnete nicht, daß er seinen Kopf verloren hätte), vielleicht aus allzu großer Angst vor den Fehlern der Linken, und daß schon Fälle da waren, wo Kommunisten ihren Kopf verloren hätten, ihn nachher wieder „gefunden" hätten ... Es stellte sich heraus, daß ich Unrecht im Falle Levi hatte, da er mit Erfolg bewiesen hat, daß er auf den menschewistischen Weg nicht zufällig, nicht zeitweilig geraten ist, nicht nur, indem er gegen den gefährlicheren Fehler der „Linken" den „Bogen überspannt" hat, sondern entsprechend seiner ganzen Natur fest und auf lange."

Lenin also sagt, daß er die Person Levis falsch beurteilt hat, daß seine **Position aber richtig,** und daß eine „unrichtige linke" Stellungnahme vorhanden war. Maslow aber zieht das Fazit: **„Der 3. Weltkongreß gab sachlich Levi recht."** Wo ist da die Uebereinstimmung, die Genosse Lenz konstruiert? Ist es richtig oder nicht, daß man ihn als einen derjenigen bekämpfen muß, die die Partei von der eigentlichen Diskussion ablenken und verwirren?

Die frühere „Linke" ist auseinandergefallen. „Ultra" betont, daß die Proklamierung nur von Grundsätzen richtig war und richtig geblieben ist, und auch die von ihnen geforderte Gewerkschafts- und Betriebszellenarbeit soll nur dem Zweck dieser grundsätzlichen Propaganda vor den außerparteilichen Arbeitern dienen. Die Gruppe Ruth Fischer-Lenz setzt das System der doppelten Buchführung fort (Genossin Fischer hat das in Berlin bewiesen), und die Genossen um Thälmann sind seit den Debatten während der Preußentrise Bekämpfer dieser Politik, sie stehen auf dem Boden des Briefes der Exekutive. Aus der alten „Linken" sind etwa drei Gruppen geworden, von denen 1 und 3 innerhalb der Differenzen in der Partei nichts mehr miteinander gemein haben. Wenn die Genossen Rosenberg und Scholem nun auf ihrer Plattform den **Zusammenschluß der alten „Linken"** proklamieren, so heißt das: **Zusammenschluß zum offenen Kampf gegen die Exekutive,** Ruin der deutschen Partei.

Irmgard Rasch.

Zur inneren Parteilinie

Ein frischer Windstoß . . .

Es war ein eigenartiger, ein beinahe trauriger Zustand, der seit einem Jahre in unseren Parteiversammlungen herrschte. Da dachten (mehr oder weniger) und formulierten die Parteiinstanzen — und die disziplinierten Mitglieder fühlten sich nur zum Echo, zu leeren Wiederholungen und Bekräftigungen verpflichtet. Die Diskussion war eine eingelaufene, mechanische Funktion geworden. Die bolschewistische Disziplin, die entschieden gesamtparteiliche Durchführung kollektiv erarbeiteter Beschlüsse, war zu einer Farce geworden, zu einer dem Bolschewismus völlig fremden und ihm gegensätzlichen, mehr preußischen „Disziplin", die sich in einem starren Dekretieren und Parieren auswirkte. Der Zentralismus, der ein wesentliches Merkmal einer bolschewistischen Partei ist, war in unserer deutschen Partei zum einzigen wesentlichen Merkmal der Arbeit geworden. Wehe dem, der sich nicht fügte — wenn er nicht flog, wurde er zumindest als „Brandlerianer", „Trotzkist" oder sonstwie „gebrandmarkt". Fest und fertig stand die Meinung der resolut amtierenden Genossen! Lenin hat zwar einmal gesagt, man müsse das Ohr auf die Erde legen und auf die Massen horchen. Unsere „Führer" glaubten aber, es sei ihre Aufgabe, ihre fertige Meinung „durchzubozen" und „in die Schädel zu hämmern". Wie unbolschewistisch handelte die bisherige „linke" Bezirksleitung in Halle, als sie den Bezirk von „Elementen" reinigte, die das Vertrauen der Mitglieder hatten, als sie so frisch aus dem Handgelenk „reinigte", ohne zu erwägen, daß es unbedingt nötig ist, erst selbst dies Vertrauen zu erwerben. „Wir treiben keinen Personenkult" — ja gewiß: Wir treiben keinen Kult, es ist aber notwendig, daß die Führer-Persönlichkeiten nicht nur organisatorisch, sondern auch organisch, daß sie persönlich mit den Massen verbunden sind. Wollte nun die „einwandfreie" Bezirksleitung geltend machen, daß sie nur auf Berliner Anweisung so verfahren sei, so bestätigt das nur die Richtigkeit der Kritik! — „Die Vertreter der Exekutive wiesen darauf hin, daß der Ultrazentralismus, der mechanische Druck, die vorwiegend administrativen Maßregeln, das Fehlen der Propaganda und der Ueberzeugungsmethode überhaupt, die Furcht vor neuen Kräften usw. unbedingt verheerende Wirkungen haben müßten." So der Brief. Zur Erläuterung sei noch an die Art erinnert, wie Resolutionen gemacht wurden. Da kam der leitende Funktionär irgend wohin, hielt seine Rede und verlas dann das sauber mit Maschine beschriebene Papier. Kollektive Arbeit — nicht nötig, vielleicht auch nicht erwünscht! Warum hat man nicht die Versammlungen von sich aus, aus ihrer Mitte heraus gemeinschaftlich solche Entschließungen erarbeiten lassen? Gewiß, dazu gehört Mühe und Zeit — doch nur so gewachsene Beschlüsse sind von Wert! Ja, man hat sogar manchmal den Ortsgruppen die fertigen Resolutionen nur zugesandt. Sie brauchten nur Amen zu sagen. Damit erzieht man die Parteigenossen nicht zur Arbeit, zum Denken und Handeln — das war eine Anleitung zur Trägheit und Verjumpfung! — Es ist gut, daß der Brief gekommen ist, daß er endlich gekommen ist! Dieser frische Windstoß vom EKKI., der den „Autoritäten" um die Nase fährt und sie stürzt, stellt allen Parteigenossen die Frage: Was nun? und erfordert, daß sie von allen und gemeinsam gelöst wird.

Was nun? —

„Nieder mit der Fraktionsbildung innerhalb der Partei," schrie die „Linke", nachdem sie in Frankfurt „gesiegt" hatte. — In Wirklichkeit hieß das: Die „linke" Fraktion ist am Ruder, es hat einzig und allein nur noch Daseinsberechtigung, diese „Linke"! Die „Linke", das ist die KPD. Punktum! — Ehemals herrschten die „Brandlerianer", jetzt die „Linken"! — Ach, es war eine traurige Komödie, diese ganze „Reinigung der Partei". Und jetzt? Genossen, jetzt ist die „Gruppe Fischer-Maslow" gestürzt, jetzt besteht die Gefahr, die Sache einfach umzustülpen und zu scheien: Nieder mit der „Linken", es lebe die „Rechte"! Natürlich ist man nicht so dumm, diese nackten Worte zu gebrauchen. Unsere „Rechten" nennen sich „Komintertreue" und empfehlen sich als diejenigen, „die es schon längst gewußt haben". Es wäre unverzeihlich, wenn jetzt die Parole aufkäme: Ablösung vor! Dann wäre alles umsonst, dann würden nur die „borfähigen" Fraktionen wechseln und das ganze Borsystem bliebe erhalten! Diese Gefahr ist größer als es scheint. So wie sich damals die „Linke" hinter einer angeblichen „Bolschewisierung" verbarg, versteckt sich jetzt der Brandler-Anhang hinter neuen universellen Parolen. Die breiten Mitgliedermassen der Partei müssen dafür sorgen, daß die Parteileitungen kollektive Körperschaften werden, die selbst Gemeinschaftsarbeit leisten und auch Gemeinschaftsarbeit wecken und pflegen können! Die ganze Fraktionskomödie muß endlich einmal aufhören. Und das kann nicht durch Boxerei, das kann nur durch gemeinsames Lernen an Hand der gemachten Erfahrungen und der leninistischen Theorie geschehen. Da sehen wir jetzt schon wieder, wie sich die Funktionäre herumtreiben. Genug damit! Es muß mehr gearbeitet werden. Im Briefe des EKKI. wird ein „neuer Ton" gegen die Arbeitsbrüder, die noch nicht zur Partei gehören, gefordert. Auch innerhalb der Partei müssen wir Schluß machen mit allen fraktionellen und personellen Anrempelungen und einen „neuen Ton" finden!

F. G. Schulz, Schkeuditz.

Zst das ultralinks?

Das deutsche Proletariat geht zweifelsohne schon in allernächster Zeit einer **Periode gesteigerter Massenbewegung** entgegen. Wer über die Taktik der KPD. reden will, muß die Tatsache begriffen haben, daß die deutsche Arbeiterklasse vor einem hungerwinter steht, der unvermeidlich wirtschaftliche Kämpfe umfangreicherer Art als bisher hervorrufen wird.

Was hat die Kommunistische Partei in einer solchen Situation zu tun? Es muß mehr als bisher daran gegangen werden, tatsächlich die breiten Arbeitermassen zu erfassen. Das kann nur geschehen durch eine **verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften (Gewerkschaftseinheit, Rußland-Delegation) und in den Betrieben.** Bei dieser Arbeit gilt es, die **Erfahrungen der alten deutschen Linken,** die die Partei — das kann und muß ohne jede Uebertreibung gesagt werden — 1923/24 vor dem unvermeidlichen Untergang gerettet haben, mehr als bisher auszuwerten.

Ich setze mich leider gezwungen, festzustellen, daß **die Gruppe Ruth Fischer-Maslow diese Erfahrungen der deutschen Linken seit 1921 in dem letzten halben Jahre nicht hochgehalten hat.** Ich erinnere nur an diejenigen Manöver, welche tatsächlich ohne jede Massenbewegung unternommen wurden und sich kaum mehr von jenen banalen **parlamentarischen Komödien** der Brandlerianer im Oktober 1923 unterschieden (Preußenangebot usw.). Diese Tatsache anerkennt auch der **Brief des EKKI.,** indem er von der „zu parlamentarischen Einstellung" der Gruppe Ruth Fischer-Maslow spricht. Allerdings vermisse ich in dem Brief des EKKI. eine **konkrete Aufzählung** der Fälle von „zu parlamentarischer Einstellung" der Genossen Ruth Fischer und Maslow. Diese Tatsache muß auf jeden Fall als ein Mangel des EKKI.-Briefes angesprochen werden.

In diesen Tagen treten die Genossen unseres Bezirkes in die Diskussion über den EKKI.-Brief ein. Es ist für uns Kommunisten eine Selbstverständlichkeit, daß **die Kommunistische Internationale in den innerparteilichen Fragen aller Kommunistischen Parteien ein entscheidendes Wort zu sprechen hat.** Sonst wären wir eben keine Kommunisten und die Kommunistische Internationale keine Weltpartei. Kurz: Gesagt werden: Anweisungen der Kommunistischen Internationale müssen befolgt und diskutiert werden.

Aber es muß gesagt werden: Uns allen kam der Brief des EKKI. vollständig unerwartet. Warum? Erst vor wenigen Wochen tagte in Berlin der **zehnte Parteitag der KPD.** Der Zweck eines Parteitages sollte doch eigentlich der sein, daß die Mitgliedschaft klaren Wein eingeschenkt bekommt über alle Vorgänge innerhalb der Partei. Ein Parteitag muß das Forum sein, vor dem sich die Parteizentrale für die Arbeit des letzten Jahres zu verantworten hat. Und jetzt kommt plötzlich — wohl gemerkt: **wenige Wochen nach dem zehnten Parteitag!** — der Brief des EKKI. in die Mitgliedermassen hineingeschneit, der nur zu deutlich beweist, daß **der Parteitag mit blinden Augen an den wirklichen Vorgängen innerhalb der Partei vorübergegangen ist.** Jetzt wird plötzlich klar, daß die Gruppe Ruth Fischer-Maslow die Anweisungen und Beschlüsse des EKKI. seit eineinhalb Jahren sabotiert hat und der Exekutive gegenüber das **„System der doppelten Buchführung",** wie es der Offene Brief nennt, angewandt, um die Exekutive auf diese Weise zu hintergehen. Dafür, daß sie die Anweisungen der Exekutive zwar theoretisch anerkannt haben, aber sie praktisch nicht durchführten, werden jetzt die beschuldigten Mitglieder der Zentrale der Mitgliedschaft gegenüber Rede und Antwort stehen müssen.

In der Diskussion treten nun Genossen auf, welche behaupten, die Arbeit seit eineinhalb Jahren sei überhaupt sinn- und zwecklos gewesen. Diese Genossen meinen, der Brief der EKKI. verdamme die Politik der KPD. in den letzten eineinhalb Jahren. Diese Erscheinung ist ganz erklärlich. Die Rechten, d. h. die Leute um Brandler, fühlen wieder Oberwasser. Was muß dazu gesagt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250922-19/fragment/page=0003

werden? Ja, zwar wies die Taktik (aber nur die Taktik!!) der letzten eineinhalb Jahre Mängel auf, Mängel, die unbedingt abgestellt werden müssen. (Die Notwendigkeit der Abstellung dieser Mängel geht aus den ganz zu Eingang dieser Ausführungen kurz skizzierten politischen Aussichten für die nächste Zeit klar hervor.) **Aber die politische Linie von Frankfurt an sich war und ist richtig. Frankfurt war der erste Grundstein zur Bolschewisierung der deutschen Partei.** Frankfurt schuf eine Einheitlichkeit der Auffassung innerhalb der Partei. Sogar die frühere Mittelgruppe „assimilierte" sich. Aber das letztere schien nur so. Heute stehen die „Versöhner", die sich in der Diskussion nach dem Oktober in der **„Mittelgruppe"** zusammenfanden, auf und sagen kühn: **„Na, wir haben's ja schon immer gesagt."** Damit beweisen diese Genossen, daß sie **nie die Linie der Partei begriffen, daß sie nie die leninistische Theorie von der Rolle der Kommunistischen Partei verstanden haben.** Dabei muß heute mehr denn je gesagt werden, daß es keine Ueberbrückung der Gegensätze geben kann, daß ein Kompromiß mit opportunistischen Elementen nicht möglich ist, daß mit einem Wort gesagt, die politische Linie von Frankfurt richtig war und ist. Aus dieser Auffassung geht auch hervor, daß es eine Notwendigkeit ist, **einen bolschewistischen Kern einer einheitlich bolschewistischen Partei zu schaffen, der den Aufgaben einer KP. in jeder politischen Situation gewachsen ist, der Manöver durchführen kann, ohne die Grundsätze zu verlegen.**

Es steht jedenfalls fest, daß der **Offene Brief** an die deutsche Parteimitgliedschaft **viele Fehler,** die begangen worden sind, **richtig kritisiert** hat. Wenn aber der Brief von **„ultralinks", „antibolschewistisch"** und **„antikommunistisch"** spricht, so erscheint es mir, als ob die Vorwürfe wahllos in einem ganz falschen Zusammenhange gebracht werden. **Diese Vorwürfe sind falsch.** Sie sind aus dem Grunde falsch, **weil der Brief gerade die Fehler aufzeigt, auf die die sogenannten „Ultralinken" bereits im Mai, kurz nach dem Offenen Brief nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten hingewiesen haben.** Warum man dann noch von „Ultralinken" spricht, ist mir völlig unklar.

Auf was es mir in den vorstehenden Ausführungen insbesondere ankommt, ist die Feststellung der Tatsache, daß **es ein Fehler ist, wenn man die Politik von eineinhalb Jahren einfach negiert.** Die Parteimitgliedschaft fordert, daß **die linken Grundsätze für die Partei erhalten bleiben.** Das ist eine eiserne Notwendigkeit ebenso, wie es eine Notwendigkeit ist, daß **die Taktik der jeweiligen Situation angepaßt wird. Die Parteimitgliedschaft fordert, daß gemäß den Resolutionen des Frankfurter und des zehnten Parteitages, sowie des 5. Weltkongresses der Komintern gearbeitet wird.** Sie fordert fernerhin, daß **an Stelle der persönlichen Diktatur innerhalb der Partei ein System der ersten Zusammenarbeit eingehalten wird.** Sie muß in diesem Zusammenhang aber auch fordern, daß Genossen, die sich erwiesenermaßen als Brandlerianer betätigt haben und noch heute im Sinne Brandlers arbeiten, d. h. die Fehler des Oktobers nicht anerkennen, nicht zu verantwortlichen Funktionen zugelassen werden, da ein solcher Schritt eine Fortsetzung innerhalb der Partei zur Folge haben müßte.

Jetzt wird diskutiert. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Diskussion zur Klärung innerhalb der Partei führen wird. Wenn diese Klärung erreicht ist, dann heißt es: **Mit allen Kräften an die Arbeit zu gehen, um mit voller Einmütigkeit und Disziplin die Aufgaben zu lösen, die der KPD. schon in nächster Zeit harren.**

B. Springstubbe.

Erklärung

Zu der Behauptung des Genossen Kilian („Kl." 106 19. 9. 25), daß ich seine Ausführungen in der Arb.-A.-Sitzung falsch wiedergegeben hätte, stelle ich richtig:

1. Genosse Kilian befindet sich noch heute in dem Irrtum, daß die Vorschläge der Exekutive und die des Genossen Maslow identisch waren. Durch diese Unwahrheit und dadurch, daß K. den Genossen Maslow in Schutz nahm, mußte ich zu der Annahme kommen, daß K. den Vorschlag des Genossen Maslow für richtig hielt.

2. Zur Frage des Abbaues der Gewerkschaftsabteilung bestreitet K. nicht die Richtigkeit meiner Ausführungen. Wenn er Wert auf eine andere Reihenfolge seiner Argumente legt, so ändert das nichts an dem sachlichen Inhalt.

3. Für seine ungeheuerliche Behauptung, daß ich seit einem Jahre die Beschlüsse des 5. Kongresses und des Frankfurter Parteitages „auf das schärfste bekämpft" hätte, bleibt Genosse Kilian jeden Beweis schuldig. Auch das gehört unter die Rubrik „Doppelte Buchführung".

Hans Höcker.

Ortsgruppe Piesteritz-Kleinwittenberg der KPD. zum Exekutive-Brief

Die am 10. Sept. im „Schützenhaus", Kleinwittenberg, tagende Mitgliederversammlung der KPD., Ortsgruppe Piesteritz-Kleinwittenberg nahm nach einem Referat: „Der Offene Brief der Exekutive" und einer eingehenden Diskussion darüber, nachstehende Entschließung einstimmig an.

Entschließung

Die Ortsgruppe Piesteritz-Kleinwittenberg der KPD. stellt sich vollinhaltlich und vorbehaltlos auf den Boden des Offenen Briefes der Exekutive der Komintern an die Partei. Wir begrüßen freudig diesen, von tiefstem Vertrauen zur „terngesunden, proletarischen Mitgliedschaft der Partei" (Brieftext) zeugenden Schritt der Exekutive, sich in allen parteipolitischen und taktischen Fragen an die Gesamtpartei zu wenden.

Mit Entrüstung nehmen wir Kenntnis von dem seit eineinhalb Jahr andauernden versteckten Kampf der Gruppe Ruth-Fischer-Maslow gegen die Exekutive, der sogenannten doppelten Buchführung, die Sabotageakten gleichkommen und die insbesondere in der Frage unserer Gewerkschaftsarbeit der Partei ungeheure Schäden zugefügt haben.

Darüber hinaus stellen wir fest, daß es für eine Parteileitung kompromittierend und diskreditierend wirken muß, wenn sie erst durch solche niederschmetternden Beweise, wie den katastrophalen Rückgang unseres Einflusses in den Gewerkschaften, gezwungen werden muß, eine Aenderung des politischen Kurses zu vollziehen. Diesen Mangel an Initiative hat die Partei schwer büßen müssen.

Wir verwahren uns auf das entschiedenste gegen die politische Geringschätzung der breiten Parteimitgliedschaft, wie sie nach dem Briefe der Exekutive bei der Genossin Ruth Fischer vorhanden zu sein scheint.

Zum Abschnitt 4 des Briefes stellen wir insbesondere fest, daß gerade der von der Parteileitung wohlgehütete Ultrazentralismus das Aufkommen sogenannter antimoskowitischer Tendenzen im wesentlichen begünstigt hat.

Um die im Briefe geforderte Heranziehung aller ehrlichen, früher oppositionellen Genossen praktisch in die Wege zu leiten, ersuchen wir die BL., nach gründlicher Diskussion des Offenen Briefes, spätestens aber innerhalb eines Vierteljahres, einen Bezirksparteitag einzuberufen, der die Debatte über die im Briefe aufgeworfenen Probleme über die künftige Politik der Partei beschließen soll, und durch einen Beschluß das Zentralkomitee auffordert, eine Kommission zu wählen, die eine Prüfung der in der letzten Zeit vollzogenen Ausschlüsse aus der Partei vorzunehmen hat, zu der aber auch die ausgeschlossenen Genossen zugegen sein müssen.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz und der Bezirksleitung Halle-Merseburg in der Frage des Offenen Briefes, machen wir uns zu eigen. Jedoch vermissen wir darin eine scharfe Mißbilligung des Verhaltens der Gruppe Ruth Fischer-Maslow in allen Streitfragen der Exekutive gegenüber.

1 kleine Anzeige im Klassenkampf kostet keinen Pfennig. Nach Einsendung der Abonnementsquittung für den laufenden Monat kann jeder Leser diesen Vorzug erhalten, indem 2 einspalt. Zeilen = 5 mm Höhe **nicht** berechnet werden; für die darübergehenden Millimeterzeilen kommt der im Kopf angezeigte Preis in Frage. Wer etwas kaufen oder verkaufen will, gebe die Anzeige sofort auf, denn sie kostet **nichts!**

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Bruckdorf-Canena-Diesdorf-Zwintschöna-Kleinkugel. Funktionärsitzung am Mittwoch, 23. September, abends 8 Uhr, in Diesdorf im Lokal Mende.
Pösna. Mittwoch, 23. Sept., abends 8 Uhr, bei Lerchenfeld, große Funktionärsitzung.
Diesdorf. Mitgliederversammlung Freitag, 25. Sept., 8 Uhr, im Lokal Mende.
Bischofsroda-Reideburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 24. September, abends 8 Uhr, im Lokal Rudolstadt.
Seeben. Gewerkschaftsversammlung aller Gewerkschaftsmitglieder und Sportvereine Mittwoch, 23. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Gloser.
Seeben-Gennewitz-Gutenberg-Teicha-Merkewitz-Oppin-Brachstedt. Arbeitsgebietsfunktionärsitzung Sonnabend, 26. September, abends 8 Uhr, in Seeben im Lokal Gloser. Alle Ortsgruppenfunktionäre müssen dabei teilnehmen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg-Wallendorf. Organisationsversammlung am Mittwoch, 23. September, abends 8 Uhr, in Merseburg in der „Funkenburg".
Merseburg. Organisationskonferenz Mittwoch, 23. Sept., 8 Uhr, „Funkenburg".
Büchen. Mitgliederversammlung Donnerstag, 24. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Gehüte.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Helbra-Benndorf. Mitgliederversammlung Freitag, 25. September, abends 8 Uhr, in Helbra im Lokal „Zur Tanne".
Sangerhausen-Oberröblingen-Kelbra. Mitgliederversammlung Freitag, 25. Sept., abends 8 Uhr, in Sangerhausen im „Herrenkrug".
Helfta-Unterrißdorf. Mitgliederversammlung Freitag, 25. September, abends 8 Uhr, in Helfta im „Bahnhofshotel".
Eisleben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal Hubenstedern.
Aisleben-Seeburg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 26. September, abends 8 Uhr, in Aisleben im Lokal Beinhorn.
Mansfeld. Mitgliederversammlung Sonnabend, 26. Sept., 8 Uhr, Parteilokal.
Teutschenthal. Mitgliederversammlung Sonnabend, 26. September, abends 8 Uhr, im „Mürbenhof".
Klostermansfeld-Leimbach-Großpaaschleben-Siersleben. Mitgliederversammlung Sonntag, 27. September, nachmittags 3 Uhr, in Leimbach im Lokal Tittel.
Wimmelburg-Mollerstedt. Mitgliederversammlung Sonntag, 27. September, nachmittags 3 Uhr, in Mollerstedt im Lokal Bartelsdorf.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Gräfenhainichen-Jüchsenrieth-Golpa. Mitgliederversammlung Mittwoch, 23. Sept., abends 8 Uhr, in Gräfenhainichen im Lokal Eger.
Wittenberg. Mitgliederversammlung Freitag, 25. September, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg. Alle Mitglieder müssen wegen der Wichtigkeit erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mühlberg. Mitgliederversammlung Freitag, 25. Sept., abends 8 Uhr, im „Elbschlößchen". Die Jugend nimmt geschlossen daran teil.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Naumburg. Mitgliederversammlung Freitag, 25. Sept., 8 Uhr, im „Goldenen Hahn".
Weißenfels. Funktionärsitzung Donnerstag, 24. Sept., 8 Uhr, im Hotel „Monopol".
Tagewerben. Mitgliederversammlung Mittwoch, 23. Sept., 8 Uhr, im Gasthof.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

An alle Ortsgruppen!

Das Resultat der Werbewoche ist schnellstens der Gauleitung mitzuteilen. Desgleichen hat alle rückständigen Abrechnungen die September sofort einzuschicken. Die Gauleitung.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden beteiligen sich am Roten Tag in Merseburg. Pflichtveranstaltung für unsere Ortsgruppe. Auch die neu eingetretenen Kameraden haben das Recht, daran teilzunehmen. Für Hin- und Rückfahrt Sonntagsfahrkarten, 70 Pf., selbst kochen. Kochgeschirr wird noch bekanntgegeben.

Unterbezirk Saalkreis

Ammendorf. Die für Dienstag angesetzte Versammlung wird verlegt auf Donnerstag, 24. Sept., 8 Uhr, im „Butzbächchen". Mitgliedskarten bestimmt abliefern.
Zeitz u. U. Freitag, 25. September findet eine Werbe- und Gründungsversammlung des RFB. statt. Alle Genossen der Sportvereine u. Arbeiterpartei sind eingeladen.
Ammendorf. Freitag, Beteiligung in Zeitz u. B.
Rattmannsdorf. Die gesamte Ortsgruppe beteiligt sich Freitag, 25. September, gemeinsam an der Gründungsversammlung in Zeitz u. B.
Oppin. Mittwoch, 23. September, 8 Uhr, im Gasthof Fetzl, öffentliche Werbeversammlung mit Lichtbildervortrag. Die gesamte Arbeiterschaft ist eingeladen.

Unterbezirk Merseburg

Mittwoch, 23. September, sind Unterschriften und Sammellisten restlos abzurechnen an Kameraden Gabriel, Neumarkt 13.
Donnerstag, 24. September, Einteilung zur Arbeit am Roten Tag.
Freitag, 25. September, Pflichtversammlung. Sämtliche Funktionäre haben zu erscheinen. Lettzeit 8½ Uhr am Jahnplatz.
Sonnabend, 26. Sept., Bereitstellung zum Empfang der auswärtigen Ortsgruppen.
Frankleben. Sonnabend, 26. September, beteiligt sich die Ortsgruppe geschlossen an dem Aufzug in Merseburg. Nur Krankheit entschuldigt.
Frankleben. Sonntag, 27. September, Pflichtausmarsch nach Merseburg. Treffen Sonntag vormittag 9 Uhr an den bekannten Plätzen. Alles erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld (Gerkreis)

Teutschenthal. Sonnabend, 26. Sept., 8 Uhr, im „Mürbenhof", außerordentliche Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 23. September, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus", Mitgliederversammlung. Werbemarken bestimmt abrechnen.
Wolfen. Freitag, 25. September, abends 7 Uhr, treffen sich alle Kameraden am Wasserturm zur Versammlung. Neuaufnahmen werden herzlichst gemacht.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 25. September, 8 Uhr, im „Lindenhof", großer Werbeabend mit Lichtbildervortrag. Alle Genossen der Sportvereine und Arbeiterpartei sowie die gesamte Arbeiterschaft ist hiermit eingeladen.

Unterbezirk Weißenfels

Hohenmölsen. Sonntag, 27. September, fährt nach Merseburg. Abfahrt Sonntag 4½ Uhr vom Bahnhof. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 23. Sept., abends 7 Uhr, Pflichtausmarsch. Sammelplatz Neumarkt.
Theißen. Mittwoch, 23. September, 8 Uhr, Gasthof Luckenau, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Naumburg

Naumburg. Freitag abend 8 Uhr im „Goldenen Hahn", Mitgliederversammlung.
Naumburg. Sonntag Beteiligung in Merseburg. Erscheinen ist Pflicht.

Bekanntmachung

Betr.: Auslegung der Wählerlisten zu der Provinziallandtagswahl

Die Neuwahlen zu dem Provinziallandtag für die Provinz Sachsen finden am

Sonntag, dem 25. Oktober 1925

statt. Die hiernach berechtigten Wählerlisten liegen vom

26. September 1925 bis einschließlich 3. Oktober 1925

für die Gemeinde Piesteritz im Gemeindeamt, Zimmer 1, während der Dienststunden (vorm. 8—1 und nachm. 3—5 Uhr) öffentlich aus.

Es wird darauf hingewiesen, daß Einsprüche gegen die Wählerlisten bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde mündlich oder schriftlich anzubringen sind. Die Entscheidung über Einsprüche erfolgt binnen 14 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist und wird den Beteiligten bekanntgegeben.

Piesteritz, den 19. Septbr. 1925

Der Gemeindevorsteher *2952
J. V.: Kaspar, Schöffe

Zeitungsträger
für **Lützkendorf** per 1. Oktober gesucht. Meld. b. **Haudenreiher** in Schütte bei Mücheln (Gewerkschaftshaus)

Zeitungsträger
für **Naundorf** per 1. Okt. gesucht
Meldungen **Filiale Gehüste** b. Mücheln, Gewerkschaftshaus

Lichtspiel-Theater, Wittenberg
bringt für **Dienstag bis Donnerstag** ein gewaltiges Doppelprogramm
— **Die Favoritin des Maharadscha** —
Eine erstklassige Komödie in 5 Akten mit prächtigen Aufnahmen
Dummbruch
Ein spannendes Abenteuer-Schauspiel in 7 Akten
Anfang 6 u. 8.30 Uhr. Erstklassige Begleitmusik 1582

Lichtspiele Piesteritz
Programm für **Dienstag bis Donnerstag 24. September**
„Lia de Putti" in
Ilona
Film-Schauspiel in 5 Akten von W. Auspitzer und A. Donis. Ferner:
Fattys Miltonen
5 lustige meschuggene Akte mit dem beliebten „Fatty" 1581
Anfang 8 Uhr Nur für Erwachsene

Zeitungsträger(in)
für **Holleben** sofort gesucht.
Meldungen Verlag Klassenkampf

Zeitungsträgerin
für **Zappendorf** per sofort gesucht. Meldungen bei **Emil Wagner,** Zappendorf

Zeitungsträger
für **Bansleben** sofort gesucht.
Meldungen bei **Otto Kowalsky,** Kirchplatz 8

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr
Die heilige Johanna
Ende n. 11 Uhr
Donnerstag 7½ Uhr
Glöckchen des Eremiten
mit den Damen Strempel u. Jön, den Herren Bonn-tander, Kathammer, Böhmer, Wittrisch
Ende 10½ Uhr
Freitag 7½ Uhr
Gräfin Mariza

Klappwagen, Promenadenw.
zu Fabrikpreisen
Steinweg 19 a I

Sohlleder-Ausschnitt
Gummi-Absätze
liefert billigst
Paul Anderisch
Magdeburger Straße 8

Selbstgefertigte Waschseife
zu billigen Preisen
A. Kunze
Im Winkel 1
Schillerstraße 41

Wer leiht auf schuldenfreies Grundstück **1400 Mark** Off. unter Kl 2350 an d. Exped. d. Ztg.

Weißenfels 1148
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

WALHALLA
Direktion: **Adolf Vogel.** Fernr. 8385
Der große Erfolg!
Otto Reutter
und weitere **10** Varieté-Sensationen
Gewöhnliche Preise!
Anfang 7½ Uhr — **Vorverkauf** ab 11 Uhr ununterbrochen an der Theaterkasse

Trauerbriefe und -Karten
liefert sofort die Druckerei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Zuverlässiger Zeitungsträger
für **Langendorf** gesucht. Zu melden beim Genossen **Schilling,** Obergreizlau 51

Zeitungsträger
für **Neumark** per 1. Okt. gesucht
Meldungen **Filiale Gehüste** b. Mücheln, Gewerkschaftshaus

★ Inseratenannahme ★
für die Mansfelder Lande
für
„Klassenkampf"
Eisleben, Rathausstr. 7
Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Sport-Drucksachen bestellt bei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
e. G. m. b. H.
Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf: Nr. 1045, 1047, 2251

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur

Lenin: **Ausgewählte Werke** ..... gebd. 9,00 Mk.
Lenin: **Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus** ..... brosch. 1,00 „
Lenin: **Ueber Organisationsfragen** ..... brosch. 1,20 „
Um den Oktober 1917, ein Sammelbuch .... brosch. 3,00 „
Die Organisation der Betriebszelle, Organisationsfragen und Beschlüsse des V. Weltkongresses ..... brosch. 0,75 „
Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit, Referat des Gen. Thälmann auf dem X. Parteitag ..... brosch. 0,30 „
Die Reorganisation der KPD., Beschlüsse des X. Parteitages ..... brosch. 0,20 „
Edo Fimmen: **Weltlage und Proletariat** .. brosch. 0,20 „

Schöngeistige Bücher

Mariette Shaginian: **Abenteuer einer Dame** gebd. 3,60 Mk.
Upton Sinclair: **Nach der Sintflut** ..... gebd. 3,60 „
Upton Sinclair: **König Kohl:** ..... gebd. 3,60 „
Swertschkoff: **Im Morgenrot der Revolution** gebd. 2,40 „
Naumoff: **Oktobertage** ..... brosch. 0,80 „
H. zur Mühlen: **Kleine Leute** ..... brosch. 0,30 „

Bekanntmachung

Auslegung der Liste der Personen, welche zu dem Schöffen- und Geschworenenamte berufen werden können, vom 23. bis einschl. 30. September 1925, vorm. 8 bis 12 Uhr, im Bureau VIII, Schmeestraße 1 III, Zimmer 22

Etwaige Einsprüche werden entgegengenommen 2953

Halle, den 18. September 1925 **Der Magistrat**

Familien-Nachrichten

Am 19. September mittags 1 Uhr entschlief sanft und unerwartet meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwieger- und Großmutter

Frau Lina Böttcher
geb. Holzweißig
im 52. Lebensjahre

Ammendorf, den 19. Sept. 1925

Die trauernden Hinterbliebenen:
Gastwirt Ferdinand Böttcher nebst Kindern und Angehörige

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 24. Sept., nachm. 2 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof in Halle statt. Kranzspenden dankend verbeten 2951

Genossenschafter! Hausfrauen! Euer Stolz sei Eure eigene Bäckerei!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250922-19/fragment/page=0004

Werksgemeinschaften oder Gewerkschaften? — Vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit

Zur Tagung des Reichsbundes Vaterländischer Arbeitervereine

Die Reichstagung der schwarzweißroten Arbeitervereine, über die wir bereits gestern berichteten, umfaßte in dem öffentlichen Teil der Sitzung folgende **Tagesordnung:**

1. Geschäftsführer- und Kassenbericht.
2. Wirtschaftsnot und Arbeiterschaft.
3. Die Werksgemeinschaft in Staat und Wirtschaft.
4. Die Jugendorganisation der vaterländischen Arbeitervereine.
5. Abstimmung über die Richtlinien.

Ein vorgesehenes Referat: Deutscher Handel und Arbeiterschaft des Landtagsabgeordneten Wiedemann wurde mit in die geschlossene Nachmittagssitzung verlegt, auf der die Wahlen, Satzungen usw. beraten wurden. Vorausgegangen waren am Sonnabend geschlossene Beratungen über die Kranken- und Sterbegeldzuschußkasse des R. v. A. und Satzungen des Bundesvorstandes und Beirat. Aus dem

Bericht des Geschäftsführers Heß

war zu entnehmen: Dem Reichsbund sind rund 300 Vereine angeschlossen, die zu 35 Bezirksverbänden und diese wieder zu zwölf Landesverbänden zusammengeschlossen sind. Genaue Angaben über die Mitgliederzahl wurden vermieden und nur die vielsagende Andeutung gemacht, daß bei einer jungen Organisation noch viele Meinungsverschiedenheiten und Absonderungen vorkommen. Im Mittelpunkt der Arbeit stehe das Führerproblem, **die Führerpersönlichkeit** und der **Individualismus.** Diese Fragestellung, auf die der Vorsitzende Schmidt in seinem Referat ebenfalls einging, wird von dem Reichsbund für ganz neu und ungeheuer fortschrittlich gehalten, während tatsächlich die Zeit des Feierns der Persönlichkeit und des schrankenlosen Individualismus mit dem entfalteten und bereits wieder auf absteigender Linie befindlichen kapitalistischen System überholt ist.

Der Vorstand hat aber recht gut begriffen, mit welchen Methoden man Einfluß gewinnen kann. Die Nichtachtung vieler evangelischer Bundesmitglieder für die konfessionellen Arbeitervereine wurde gerügt und die Parole ausgegeben: Hinein in diese Vereine, um dort Einfluß zu gewinnen! Das **Arbeitsvermittlungswesen,** das der Reichsbund prinzipiell ablehnt, soll, den gegebenen Tatsachen Rechnung tragend, benutzt werden, um **den Einfluß der Werksgemeinschaften bzw. des Reichsbundes Vaterländischer Arbeitervereine zu stärken,** und mit den freien Gewerkschaften um die Besetzung der Arbeitsnachweise gekämpft werden. Der Geschäftsführer berichtete, daß der Reichsbund allein in Berlin im letzten Jahre 8000 Arbeiter in Betrieben untergebracht hätte. Da die Grundlage der freigewerkschaftlichen Tarife noch nicht beseitigt sei, müsse um die **Tariffähigkeit der vaterländischen Verbände** gekämpft werden. Ziel aber sei, diese Grundlage zu beseitigen und — dem Grundsatz des Individualismus entsprechend — die Verantwortung in die einzelnen Betriebe zu verlegen und Werksvereinbarungen zu treffen.

Als getreuer Diener des Kapitals ist der Reichsbund auch **Gegner des Washingtoner Abkommens.** Mit Pathos appellierte Herr Heß an die Führer der Wirtschaft, daß sie mit allen Mitteln verhindern möchten, daß wegen dieser Frage etwa „Unruhe" in die Arbeiterschaft hineingetragen würde. Ferner gibt er den Unternehmern den guten Ratschlag, mit **Aussperrungen** möglichst zurückzuhalten, da diese den Klassenkampfwillen der Arbeiter stärken, und die Werksgemeinschaften die Arbeiter doch sowieso zurückhalten, Forderungen zu stellen. Mit Leidenschaft setzt sich der Reichsbund **für die Arbeitsdienstpflicht der Jugend** ein und fordert, daß

die Lehrlinge noch enger als bisher den Lehrmeistern ausgeliefert

werden, damit sie von diesen Zucht und Ordnung lernen! Entsprechend diesem Ideal der alten wilhelminischen „Zucht und Ordnung" wird **der Wehrgedanke gepflegt** und die engste Zusammenarbeit mit Wehrwolf, Jungdo usw. herbeigeführt.

Richtig führt der Redner aus, daß **der Versailler Vertrag** für den Arbeiter untragbare Lasten gebracht hat. Nicht ganz klar ausgesprochene Hinweise, daß aber einst die Stunde kommen wird, wo Unternehmer und Arbeiter gemeinsam diese Schandverträge sprengen, wo die „deutsche Freiheit" zurückerobert wird, Hinweise, die von der Versammlung mit tosendem Beifall aufgenommen werden, zeigen jedem Arbeiter, **daß die Werksgemeinschaft ganz ausgesprochen dem Ziele eines neuen Weltmordens dient.**

Der Geschäftsführer behandelte auch kurz die verschiedenen am Schluß der öffentlichen Tagung zu Anträgen formulierten Wünsche des Bundesvorstandes. Diese einstimmig en bloc und wiederum mit großem Beifall angenommenen Entschließungen lassen ebenfalls den

arbeiterfeindlichen Charakter der Bewegung der Werksgemeinschaft

deutlich genug erkennen. Die erste Entschließung, **zur Wirtschaftslage,** ist mehr eine Demonstrationssache zur Beruhigung der Arbeiter. Sie fordert **Senkung der Preise.** Da aber lediglich Regierungsmaßnahmen gegen diejenigen gefordert werden, die nicht einmal vorhandene Verfügungen betreffs Preissenkung innehalten, da ferner grundlegend an diese Frage überhaupt nicht herangegangen wird, ist dieser Antrag eben nur eine Geste.

Zur **Tariffrage** wurde gefordert Abschaffung der heutigen Grundlage, **betriebsweise Regelung durch die Werksgemeinschaften.** Betreffs **Arbeitsvermittlungswesen** fordert die Tagung unter Hinweis, daß heute nur 25 Prozent der vermittelten Arbeiter freigewerkschaftlich organisiert seien, die **Hinzuziehung der vaterländischen Vereine.** Dann wurde unter wahrem Triumphgeheul der chauvinistischen Versammlung ein Antrag angenommen, daß **polnische Arbeiter** in der deutschen Landwirtschaft **nicht mehr zugelassen** und in der Industrie zumindest nicht mehr Vertrauensposten und solche Funktionen erhalten dürften, durch die sie Vorgesetzte von deutschen Arbeitern würden. Ein weiterer Antrag fordert die Wiedereinführung der Wohlfahrtseinrichtungen auf den einzelnen Werken, und schließlich ein Antrag zur **Wohnungsfrage,** Aufhebung der Zwangswirtschaft, Vorlage eines Bauprogramms für mehrere Jahre, Steuererleichterungen und insbesondere, daß die Hauszinssteuer abgeschafft und solange sie noch besteht, nur für Bauzwecke verwandt werden soll.

Nach einer photographischen Aufnahme der Versammlung durch die „Leipziger Illustrierte Zeitung", die damit ihren Platz an der Seite der äußersten Konterrevolution wieder einmal bestätigt, erfolgte der

Bericht des Kassierers

Der Kassierer konnte keine Einzelangaben machen, auch deshalb nicht, weil die einzelnen Vereine aus „Angst um den Besitz", wie der Kassierer selbst hervorhob, die gewünschten Fragen nicht beantwortet hatten. Die wenigen angeführten Zahlen aber sind sehr interessant. In dem Berichtsjahr von April 1924 bis Juni 1925 betrug die Gesamteinnahme 128 390,50 Mark, die Gesamtausgabe 124 502,59 Mark. An **Gehältern** wurden 59 735,88 Mark ausgegeben, an Reisekosten und Spesen 25 109,90 Mark.

Während der Berichterstatter eingangs seiner Ausführungen betont hatte, daß der Reichsbund, „anders als die freien Gewerkschaften", vor aller Oeffentlichkeit seine Gehälter ruhig nennen könnte, betonte er jetzt bei der angegebenen Summe für die Gehälter, daß damit keineswegs Rückschlüsse auf die Finanzierung der vorhandenen 44 Angestellten gezogen werden könnten, da auch zeitweilige Beschäftigung von Außenbeamten zu verzeichnen gewesen wäre. **Er vermied es, das Gehalt dieser Angestellten konkret festzustellen.** Der Durchschnittsbeitrag der Mitglieder betrage mindestens 50 Pfennig pro Woche, teilweise würden Beiträge bis zu 1,50 Mark bezahlt.

Nun folgte, nach Verherrlichung des **Stinnes-Direktor Leopold,** der in den schlimmen Jahren der Revolution in dem „mitteldeutschen Hexenkessel" mit aller Kraft gegen den Klassenkampf sich eingesetzt hätte, mit stürmischem Beifall begrüßt, das Referat des

Dr. Leopold über Wirtschaftsnot und Arbeiterschaft

Im Gegensatz zu der Kriegsverherrlichung seiner Vorredner — die Büsten Wilhelms des Ausgerissenen aus jugendlichen Jahren und seiner Vorfahren schmückten übrigens den Saal, und an dem Rednerpult war ein großer Reichsadler angebracht — begann Leopold mit der Aufzeigung dessen, daß ein Weltkrieg auch ungeheuren Verlust an Gut und Vermögen bedeutet. Aber diese Erkenntnis hinderte ihn nicht, zum Schluß seiner Ausführungen zu derselben Kriegsverherrlichung zu kommen, wie die Reichsbundleute selbst. In einem Referat mit interessanten Einzelheiten über die Wirtschaftslage, das sich deshalb auch wohltuend von den anderen Reden abhebt, kommt Leopold durch merkwürdige (oder auch bewußt demagogische) Begriffsverdrehungen zu der Feststellung, **daß Kapital und Arbeit überhaupt nicht zu trennen seien** und daß das Kapital in alle Ewigkeit herrschen müsse. Einer seiner „Beweise" ist das Beispiel Robinsons, der, wenn er sich auf seiner Insel nicht durch Arbeit Ersparnisse geschaffen, sondern sich nur mit den Vogeleiern begnügt hätte, die er im Augenblick fand, elend zugrunde gegangen wäre. Nach Leopold ist Kapital jedes Gut, das erarbeitet oder für besondere Zwecke und Zeiten der Not aufgehoben wird. So kommt er natürlich zu dem Schluß, daß auch in einem bolschewistischen Staate und in der sozialistischen Gesellschaft Kapital die Grundlage aller Weiterentwicklung bleibt. Er versteht nicht oder will nicht verstehen, daß es darauf ankommt, **unter welchen Bedingungen** produziert wird und wem die Erträgnisse der Arbeit zugute kommen.

Die heutige Krise wäre nicht heraufbeschworen, wenn in den Jahren 1918/19 nicht die „Sozialisierungsillusionen" geherrscht hätten, von denen auch Erzberger angekränkelt gewesen sei. Demagogisch meint Leopold, daß er wohl begreift, wenn gleich nach dem Kriege ein Arbeiter Sozialist war und sich sogar für seinen Sozialismus opferte, aber heute könnten nur Arbeiter diesen Parolen folgen, deren Gehirn völlig verkleistert sei. Die Hindenburg-Regierung dürfe man nicht angreifen, die könne doch nicht in so kurzer Zeit die Nachwirkungen der Revolution beseitigt haben! Leopold wendet sich **gegen die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie** und meint, daß ein Mann wie

Loebe dumm wie Bohnenstroh

ist (lebhaftes Bravo), wenn er für die Annahme des Versailler Vertrages und des Dawes-Paktes ist und dann zu gleicher Zeit sich einsetzt für höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung. Selbstverständlich wendet sich der Großkapitalist Leopold auch gegen die „überriebenen Steuern", die dem Kapital auferlegt seien und proklamiert als Hauptgesichtspunkt die **Produktionssteigerung.** — Zieht man hier einen Vergleich zu den Berichten der Rußlanddelegierten, die auch in Rußland den Gesichtspunkt der Produktionssteigerung vorgefunden haben, so tritt wiederum der große Gegensatz deutlich in Erscheinung, daß **dort** die Produktion gesteigert wird zum Wohle der werktätigen Bevölkerung und unter den bestmöglichsten Bedingungen für die werktätigen Massen, **hier** aber nur für den Geldsack der Kapitalisten. Die ganzen Ausführungen des Stinnes-Direktors Leopold forderten geradezu heraus, aufzustehen und an seine eigenen Ausführungen anzuknüpfen, um zu zeigen, daß nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Ausweg aus der Krise und der Versklavung der Arbeitermassen möglich und notwendig ist. Der Schluß des Referats fiel von den übrigen Ausführungen kläglich ab. Leopold pries die Werksgemeinschaften als ein Mittel zur **„Umstellung von Deutschlands Seele"** und ging zu den auch von den anderen Rednern geübten Säbelrasselmethoden über. Er hätte wirklich offen sagen sollen, daß **die Werksgemeinschaften,** für die er sich so warm einsetzt, **ein raffiniertes Mittel sind, um die Arbeiter mit falschen Ideologien zu benebeln und der immer schärferen Ausbeutung durch das Kapital restlos gefügig zu machen.** Die Anwesenden, darunter Arbeiter, aber waren bereits so von diesem Nebel betäubt, daß sie mit tosendem Beifall dem ausgesprochensten Kapitalistenvertreter in ihrer Mitte antworteten. Der Vorsitzende sprach dem Stinnes-Direktor Leopold seinen besonderen Dank aus, nicht ohne Seitenhieb auf andere Unternehmer, die es nicht so geschickt verstehen, wie Leopold, die Arbeiter sich gefügig zu machen.

Werksgemeinschaften in Staat und Wirtschaft

taufte der erste Vorsitzende des Reichsbundes, Wilhelm Schmidt, sein ursprünglich und für eine ernste Arbeiterbewegung sicherlich notwendigeres Referat über „Werksgemeinschaft und Arbeiter" um. Wie schon gesagt, brachte er infolgedessen auch nichts Konkretes über die bisherige Arbeit der Werksgemeinschaften, über die Lage und die Aufgaben in den Betrieben und dergleichen wichtige Dinge mehr. Außer Phrasen über „die letzten Zuckungen der revolutionären Zeit", über eine neu heranwachsende schwarzweißrote Arbeiterbewegung, Individualismus und Persönlichkeit usw. letzte er sich noch einmal mit allem Nachdruck für das Arbeitsdienstpflichtgesetz ein und behauptete sogar, daß dieses Gesetz die Arbeitslosigkeit beheben könnte, während doch gerade hier ein noch größerer Arbeiterüberschuß erzeugt wird. Die Arbeitsdienstpflicht sei „die sozialste Besteuerung", die das deutsche Volk überhaupt haben könne. Schmidt hat es sich zur Aufgabe gemacht, auch den Unternehmern einige Seitenhiebe zu versetzen, weil sie teilweise den Werksgemeinschaften mißtrauisch gegenüberstehen und noch gar nicht begriffen haben, welche ungeheuren Dienste ihnen diese Organisationen durch ihre Einstimmung der Arbeiter untereinander und Verhinderung einer breiten Klassenkampffront leisten. Auch **Stegerwald** kommt als Führer der christlichen Konkurrenzgewerkschaften schlecht weg. Mit lebhaftem Hört! Hört! wird die Feststellung eingenommen, daß auch dieser Ende 1918 für die Sozialisierung eingetreten sei. Auch die Banken und der Zwischenhandel werden bekämpft und hier fällt auch endlich der Zwischenruf „Juden", der doch in einer vaterländischen Kundgebung nicht fehlen darf. Nicht ungeschickt **nutzt Schmidt die Tatsache aus, daß der Breslauer Gewerkschaftskongreß** sich **gegen die Schaffung von Industrieorganisationen gewandt** hat. Die Tatsache der gewerkschaftlichen Zersplitterung der Arbeiter innerhalb eines einzigen Großbetriebes benutzt er, um das Ideal der Werksgemeinschaft emporzuheben. Die Art, wie die Unternehmer sich zu den Werksgemeinschaften einstellen, wie sie die Arbeiter behandeln, sei ausschlaggebend für die Bildung einer wirklichen „inneren" Werksgemeinschaft. Lohn- und andere Arbeitsbedingungen werden von Schmidt überhaupt nicht erwähnt.

Schwarzweißrot sei **das Panier,** und alle schwarzweißroten Parteien müßten die vaterländischen Arbeitervereine nach Kräften unterstützen.

Zum Schluß entrüstet sich der Bundesvorsitzende darüber, daß das neue Arbeitsgerichtsgesetz noch immer unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aufgestellt sei, und besonders schlecht kommt der **Reichsminister Brauns** weg, der heute noch den Mut habe, in dem Gesetzentwurf für den neuen Reichswirtschaftsrat die vaterländischen Verbände auszuschließen. Hier müßten alle Wehrverbände eingreifen und eine solche unerhörte Maßnahme verhindern. Es folgt zum Schluß ein kurzes Referat eines Herrn Hohlepp über

den Bund Vaterländischer Jugendvereine,

welches den klassenbewußten erwachsenen und Jungarbeitern deutlich zeigt, wie wichtig es ist, daß sie sich sehr **eingehend mit der Lage der Jungarbeiter** beschäftigen und sich in die Front des revolutionären Proletariats einreihen. Wenn es auch sicher nicht stimmt, daß, wie Herr Hohlepp behauptete, sehr viele nationalistische Jugendliche aus Elternhäusern kommen, in denen der sozialdemokratische oder kommunistische Geist lebt, so treiben die vaterländischen Vereine doch eine sehr eifrige Maulwurfsarbeit. Ihre besondere Jugendorganisation dient ausgesprochen dem Zweck, dem Reichsbund Vaterländischer Arbeitervereine Nachwuchs zu schaffen, und die Leute wissen sehr gut: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Auch Herr Hohlepp fordert strengste Zucht bei den Lehrmeistern und macht den Unternehmern den Vorschlag, **durch die Werksgemeinschaft,** also zusammen mit den gelben Arbeitern, **einen regelrechten Austausch von jungen Gesellen zu organisieren,** damit durch diese in allen Betrieben der Einfluß der Gelben gestärkt wird.

Die Tagung, die in vorbildlicher Knappheit verlief, kann den klassenbewußten Arbeitern auch in der Hinsicht ein Vorbild sein, daß die Delegierten, ganz anders als zum Beispiel auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß, wirklich mit leidenschaftlicher Hingabe ihrer Organisation ergeben sind, und mit welcher Schärfe ausgenutzt wird, wo nur irgend sich eine Gelegenheit bietet, **um Einfluß zu gewinnen.** Insbesondere das Referat des Stinnes-Direktors Leopold zeigt aber auch sehr deutlich, wie hohl der Unterbau der Werksgemeinschaften ist, und daß jeder nur einigermaßen geschulte oder vom Klassenbewußtsein beseelte Arbeiter es sehr wohl fertigbringen kann, **das ideologische Fundament der Werksgemeinschafter,** ihre Ansicht über Kapital und Arbeit usw. an Hand der täglichen Erfahrungen zu widerlegen. Ganz klar hat die Tagung gezeigt, daß die Werksgemeinschaften sich nicht die Aufgabe der Besserung der Lage der Arbeiterschaft gestellt haben, sondern **Rüstungsstätten sind für einen neuen imperialistischen Krieg,** sind in den Arbeiter gegen Arbeiter lediglich im Interesse ihrer Kapitalistenklasse, gehetzt werden sollen.

Pressekampagne in den Betrieben

Was heißt das: **Pressekampagne in den Betrieben?** Das heißt, daß diese von der Parteileitung im ganzen Reich gestellte Aufgabe eine außerordentlich günstige Gelegenheit bietet, um zugleich auch die erste Voraussetzung des Betriebszellenaufbaues, die **Zusammenfassung aller Parteigenossen eines Betriebes,** ihre Registrierung, zu vollziehen. Denn alle Genossen bekommen **ganz bestimmte Aufgaben** zugewiesen, und es ist so viel Arbeit zu bewältigen, daß keiner während der Pressekampagne der Partei etwa beiseite stehen kann. Da wird der **Obmann** bestimmt, der die Zeitungszuweisung an die einzelnen Genossen und die Bestellungen bei der zuständigen Parteiorganisation oder beim Verlag übernimmt. Da werden die **Genossen für die einzelnen Abteilungen des Betriebes** festgestellt, die dort die Propaganda machen. Da werden **Zeitungsverteiler vor dem Betrieb** organisiert und dazu auch **erwerbslose** Genossen, Hausfrauen und andere herangezogen.

Da wird in der Zelle **der politische Inhalt der Zeitung** diskutiert, damit die einzelnen Mitglieder bestimmt wichtige und interessierende Fragen herausgreifen und den indifferenten, gelben und sozialdemokratischen Kollegen zum Durchlesen empfehlen und gerade mit diesen darüber sprechen. Da wird vor allem auch der Redaktion ein bestimmter **Betriebsbericht** gesandt mit dem Vermerk, an welchem Tage man ihn möglichst in der Zeitung wünscht, damit man **an diesem Tage möglichst viele Extra-Exemplare** für die Belegschaft besorgen kann! Natürlich muß man da einige Tage Spielraum lassen, denn die Redaktion kann des Raumes wegen nicht alles an ein und demselben Tage bringen.

Da müssen auch **Zellen-Diskussionen über den Brief der Exekutive** eingesandt werden, denn, wie schon einmal ausgeführt, ist alles das, was darin an Aufgaben gestellt wird, von allerhöchster sachlicher Bedeutung **auch** für die Nicht-Parteimitglieder. Kurzum, die Pressewoche der Partei stellt gerade an die Betriebsgenossen die allergrößten Aufgaben. Darum: **Mit Freude und Eifer heran an die Arbeit!**

Genossen, bestellt eine bestimmte Anzahl Werbenummern für die einzelnen Betriebe! Sie werden Euch direkt und kostenlos zugesandt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250922-19/fragment/page=0005

Kampfansage des Bürgerparlaments an die Kommunisten

Die KPD.-Fraktion nimmt den Kampf auf

Die Kommunisten als stärkste Fraktion nicht im Präsidium vertreten — Der Sturmangriff des Bürgerblock-Magistrats gegen die eigene Regie — Kommunistischer Entschließungsantrag von Ordnungs-Busse abgewürgt

Halle, 22. September.

Nachdem bereits in der vorigen Woche eine mehr formale Sitzung der Stadtverordnetenversammlung getagt hatte, trat gestern das hallische Stadtparlament zum erstenmal nach den Ferien zusammen. Was wir bereits in der vorigen Woche in dem Artikel: **„Das Bürgerparlament tagt wieder. Was wird die KPD. tun?"** voraussagten, ist eingetroffen: **Der alte Kurs wird konsequent fortgesetzt. Die kommunistische Fraktion, die stärkste Fraktion im hallischen Stadtparlament, wird auch fernerhin aufs brutalste vergewaltigt.**

Es galt gestern, den **zweiten Vorsteherposten** neu zu besetzen, den der verstorbene Bürgerliche Hüllemann innehatte. Was lag da näher, als daß die stärkste Fraktion im hallischen Stadtparlament, die KPD.-Fraktion, Anspruch auf diesen Posten erhob?! Demgemäß schlugen unsere Genossen den Genossen **Kilian** als stellvertretenden Vorsteher vor. Das war der einzige Vorschlag, der bis zu dem Augenblick gemacht war, als Ordnungsblock-Busse sagte: „Wir kommen zur Abstimmung." Da bekamen es die Bürger im Stadtparlament mit der Angst zu tun. Nachdem geschäftsordnungsmäßig bereits der Zeitpunkt überschritten war, zu dem noch Vorschläge eingebracht werden konnten, fiel plötzlich der Name **Hoë**. Herr Hoë ist ein braver Demokrat; doch seine „Demokratie" ist die Demokratie der bürgerlichen Gesellschaft. Und da gibt es nur Demokratie für das Bürgertum. **Da** setzt man sich auch darüber hinweg, daß die Kommunisten im hallischen Stadtparlament die stärkste Fraktion sind. Feine Demokraten, fürwahr! So wurde denn Herr Hoë als stellvertretender Vorsitzender mit 30 Stimmen gewählt; 15 Stimmen entfielen **auf** den Genossen Kilian. Die vielgepriesene (bürgerliche!) Demokratie aber war wieder einmal gerettet.

Diese Tatsache ist typisch. Sie zeigt, daß das Bürgerparlament auch fernerhin gewillt ist, mit seiner bürgerlichen Mehrheit die Kommunisten als stärkste Fraktion im Stadtparlament zu unterdrücken. Demokratie — ja, aber nur nicht für die Kommunisten!

Der Angriff, der damit auf die Kommunisten verübt wurde, ist aber nicht etwa nur als Angriff gegen die Kommunistische Partei gerichtet; er ist gerichtet gegen diejenigen, die die Kommunisten im Stadtparlament und überall, wo nur möglich, vertreten: **die Arbeiter.** Diese Tatsache bewies ebenso sehr die Annahme eines Antrages der Gefängnisgesellschaft betr. Bewilligung von Geldern zur Errichtung einer Anstalt zur Ausbeutung der typischen Opfer des kapitalistischen Systems wie die **Abschaffung der eigenen Regie für die städtischen Gastwirtschaften.** Gegen den letztgenannten Antrag nahm sogar die SPD.-Fraktion Stellung. Aber obwohl verschiedene SPD.-Leute gegen die Aufhebung der eigenen Regie sprachen, und obwohl die SPD.-Fraktion bei der Abstimmung geschlossen mit der KPD.-Fraktion für **Beibehaltung der eigenen Regie stimmte, muß doch** gesagt werden, daß sie dies wohl nur darum tat, weil sie wußte, daß auch ohne ihre Stimmen die eigene Regie aufgehoben werden würde. Denn daß es den Herren von der SPD. auf **proletarische Prinzipien** nicht ankommt, daß man im Zusammenhang mit der SPD. überhaupt nicht von proletarischen Prinzipien sprechen kann, — das kam schon beim nächsten Tagesordnungspunkt, **Verkauf von städtischen Baustellen,** deutlich zum Vorschein, als Herr **Dürrfeld,** der Parteifreund der Schaumburg-Müller-Abramowitsch und Cie., die noch eben für die Beibehaltung der eigenen Regie der städtischen Gastwirtschaften waren, erklärte, die SPD. sei bereit, von ihrem Programm (als ob sie überhaupt eines hätte außer dem des notorischen, konsequenten Arbeiterverrates! — D. R.) abzugehen und der Magistratsvorlage betr. Verkauf der städtischen Baustellen zuzustimmen. An diesem Beispiel sieht die hallische Arbeiterschaft, wie die SPD. ebenso wie überall auch im hallischen Stadtparlament mit den Arbeiterinteressen spielt.

Den **Höhepunkt** der erneuten Kampfansage des hallischen Bürgerparlaments an die Kommunisten bildete aber der Schluß der öffentlichen Sitzung. Die Kommunisten hatten einen Entschließungsantrag eingebracht (den wir weiter unten im Wortlaut abdrucken), der **gegen die Politik der Luther-Stresemann-Schlieben- und Braun-Regierung inbezug auf die Gemeinden** Stellung nahm und der preußischen Regierung übermittelt werden sollte. Ordnungs-Busse erklärte das Stadtparlament als **„nicht zuständig"** für die Beratung dieser Entschließung. Und obwohl die Genossen **Günther** und **Kilian** in längerer Geschäftsordnungsdebatte die Zuständigkeit des Stadtparlaments für die Beratung derartiger Anträge bewiesen, wurde der Entschließungsantrag unserer Genossen nicht einmal zur Abstimmung zugelassen.

All diesen Brutalitäten der Busse-Minner und Cie. zum Trotz werden die Kommunisten im hallischen Stadtparlament weiter den Weg gehen, den ihnen die Interessen der hallischen Arbeiterschaft vorschreiben. **Die Leute vom Bürgerblock haben gestern den Kommunisten von neuem den Kampf mit allen Mitteln angesagt. Nun gut, wir nehmen den Kampf auf!**

*

Sitzungsbericht

Kurz nach 4 Uhr eröffnet der Vorsteher Busse die Stadtverordnetensitzung. An Stelle der ausgeschiedenen Stadtverordneten Hopf und Kurbs werden unsere Genossen Rückwaldt und Pezold eingeführt. Nach Verlesung einer Beschwerde über die hohen Eintrittspreise in „Mittekind", die dem zuständigen Ausschuß überwiesen wird, wird eine Zuschrift des volksparteilichen Landtagsabgeordneten Heydenreich verlesen, der den Magistrat bittet, alles, was in seinen Kräften liegt, zu tun, um die **Preisabbauaktion der Regierung Luther** (wer lacht da?) zu unterstützen. Das könne durch **Abbau der Straßenbahntarife geschehen.** Heydenreich verlangt nichts anderes, als die Durchführung der **kommunistischen Anträge, die bereits vor längerer Zeit im Stadtparlament gestellt wurden und den 10-Pfennig-Tarif für die Straßenbahn forderten.** Die Durchführung dieser Anträge wurde damals **abgelehnt.** Daran ist auch zu ermessen der wahre Sinn der „Preissenkungsaktion" der Regierung Luther.

Nach Verlesung zweier Anträge der KPD.-Fraktion (a) betr. die drei Sitze im Magistrat, die den Kommunisten nach ihrer Fraktionsstärke zustehen; b) der bereits oben erwähnte Entschließungsantrag) tritt die Versammlung in die Beratung der eigentlichen Tagesordnung ein. Als 1. Punkt wird die **Wahl des stellvertretenden Vorsitzers** vorgenommen. Unsere Genossen schlagen den Genossen Kilian vor, weil die Kommunisten als stärkste Fraktion das Anrecht auf den stellvertretenden Vorsteher haben. Bei der Debatte zeigt es sich,

daß die Demokraten auf die vielgepriesene Demokratie pfeifen, wenn es gegen die Kommunisten geht.

Die Demokraten schlagen Hoë vor, der mit 30 Stimmen gewählt wird und die Wahl annimmt. Unser Genosse Kilian erhält 15 Stimmen. Außerdem werden neun unbeschriebene Zettel abgegeben. Darauf wird die **Neuwahl der Deputationen** gemäß den Vorschlägen vorgenommen. Das erste Wahljahr läuft bis zum 31. Dezember 1926. Der letzte Passus wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. In die Kommissionen, in denen die aus dem Stadtparlament ausgeschiedenen Stadtverordneten Hopf und Kurbs tätig waren, treten die Genossen Pezold und Rückwaldt ein.

Der Geländeaustausch mit dem Hospital und der Kirchengemeinde St. Ulrich, dessen zweite Lesung stattfinden sollte, wird wegen ungenügender Klarheit an den zuständigen Ausschuß zurückverwiesen. Zur Annahme gelangt darauf endlich die

Ruhelohnordnung für städtische Arbeiter und Hinterbliebene,

zu der zunächst Genosse Freund spricht. Unser Redner kennzeichnet treffend die **Praxis des hallischen Magistrats gegen die städtischen Arbeiter.** Er fordert, daß ebenfalls die **Abänderungsanträge des Sozialpolitischen Ausschusses** betr. die Saisonarbeiter angenommen würden. Genosse Kilian nagelt fest, daß der **Magistrat die Ruhelohnordnung unverantwortlich lange hinausgezögert hat.** Die Kommunisten stimmen für die Ruhelohnordnung so wie sie ist, betonen aber, daß sie **weiter für die Erweiterung der Rechte der städtischen Arbeiter kämpfen werden.** Darauf wird die Magistratsvorlage angenommen, nachdem die Zusatzanträge des Sozialpolitischen Ausschusses mit 25 : 25 Stimmen abgelehnt worden sind.

Der Antrag, **Zustandsetzungsdarlehen für Wohngebäude** in Höhe von höchstens 800 Mk. zu bewilligen, wird angenommen.

Zur Beratung kommt darauf ein **Antrag der Gefängnisgesellschaft auf ein Darlehen in Höhe von 20 000 RM. zur Errichtung eines Heims für entlassene Strafgefangene.** Die Bürgerlichen preisen die Gefängnisgesellschaft ob des „hehren Ziels der sozialen Erziehung der Uebeltäter" in allen Tönen. Genosse Günther legt unsere Stellung zu der Frage klar. Der **Staat** hat die Pflicht, derartige Heime zu errichten, nicht aber irgendwelche **Privatgesellschaften, die aus der Arbeit der entlassenen Strafgefangenen nur Profite ziehen wollen. Lange Arbeitszeit, menschenunwürdige Löhne** kennzeichnen die wahren Absichten derartiger Gefängnisgesellschaften. Wir fordern **tarifmäßige Arbeitsbedingungen** für derartige Anstalten. Die Genossin Herrmann zeigte an Hand von erschütternden Beispielen auf, wie Arbeiter und Arbeiterinnen in den genannten Anstalten behandelt werden.

Die Behandlung von Menschen in den Anstalten der sogen. „Gefängnisgesellschaften" ist schlimmer als die Behandlung eines Tieres.

So oder so ähnlich wird es auch in dem zu gründenden „Sachsenhof" sein. **Wir lehnen die Mittel ab.** — Bei der Abstimmung war bezeichnend, daß die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront die Mittel gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligte.

Eine **Hilfsaktion für Oberschlesien"** wurde nunmehr zum Ausgangspunkt eines nationalistischen Gezänkes. Die Kommunisten lehnten die geforderten 10 000 Mk. ab und bezeichneten die Hilfe für Oberschlesien als Aufgabe des Staates, nicht als der Gemeinden. Nichtsdestoweniger bewilligte die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront die 10 000 Mk. Einstimmig angenommen wurde der Antrag, den Opfern der **Gerbstedter Unwetterkatastrophe** 10 000 Mk. zu überweisen.

Darauf kam der Punkt 12 der Tagesordnung,

Aufhebung der eigenen Regie der städtischen Gastwirtschaften,

zur Besprechung. Nachdem der SPD.-Mann Abramowitsch im Sinne der eigenen Regie gesprochen hatte, sprach für die kommunistische Fraktion Genosse Kutzschbauch:

Wir Kommunisten lehnen die Aufhebung der eigenen Regie grundsätzlich ab.

Der hallische Magistrat versucht jetzt mit allen Mitteln, die eigene Regie in jeder Beziehung abzubauen. Die Pläne gehen weiter, als das bisher überhaupt gesagt wird. **Die Gas- und Elektrizitätswerke, das Freiland, die Straßenbahn, die städtischen Güter** (die man bereits zu Spottpreisen verpachtet hat) — **alles will man privaten Gesellschaften zur Ausbeutung überlassen.** Die Begründungen, die man dafür angibt, sind einfach lächerlich. Der Reingewinn, den die eigene Regie für die Stadt abgeworfen hat, ist hinreichend.

Der Demokrat Minner, der früher für die eigene Regie war, ist heute gegen sie. Müller (SPD.) versucht, seinen Reichsbanner-Freund Minner von der Notwendigkeit der eigenen Regie zu — überzeugen. Mundt als Volkischer ist, wie er selbst sagt, „kein Prinzipienreiter" und für die Vorlage des Magistrats. Ein Antrag Schaumburgs auf **zweite Lesung der Vorlage,** die in erster Lesung gegen KPD. und SPD. angenommen wird, findet Annahme. Beim nächsten Punkt,

Verkauf von städtischen Baustellen,

beweist die SPD., wie „ernst" sie zu nehmen ist, wenn sie für **eigene** Regie spricht. Dürrfeld (SPD.) ist für den Verkauf. Genosse Brömme erklärt, daß **wir Kommunisten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen den Verkauf** stimmen. Die Magistratsvorlage wird gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Ebenfalls angenommen wird eine Vorlage auf **Einrichtung einer Schulküche,** für deren gute Einrichtung unsere Genossin Herrmann eintritt.

Unsere Genossen hatten folgenden Dringlichkeitsantrag gestellt:

Entschließung,

der preußischen Regierung zu übermitteln:

In Anbetracht der immer weiteren Verelendung der Arbeiterschaft, insbesondere der Kriegsopfer und Rentenempfänger, durch die Elendspolitik der Luther-Stresemann-Schlieben- und Braun-Regierung, die sich nicht scheute, durch Annahme der Zoll- und Steuergesetze die Lebenshaltung der werktätigen Massen noch weiter herabzudrücken, Gesetze, die dazu Veranlassung sein werden, daß der kommende Winter eine noch nie dagewesene Hungerperiode für die Arbeiterschaft bringen wird, erhebt die Stadtverordnetenversammlung dagegen schärfsten Protest.

Diese unmögliche Regierung, die weiter durch Aenderung des Finanzausgleichgesetzes die Steuerzuweisungen des Reiches an die Gemeinden außerordentlich herabsetzte und zugleich den Gemeinden neue Fürsorgepflichten auferlegte, ist eine Klassenvertretung der besitzenden Klasse in brutalster Form. Ohne Rücksicht zu nehmen auf die werteschaffenden Arbeiter, Angestellten und Beamten fördert diese Regierung der schwarzweißroten Mehrheit die Unternehmerwillkür zum Abbau der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit. Diese Segnungen der Dawes-Hindenburg-Politik treffen einzig und allein die Arbeiterklasse sowie die erwerbstätigen Mittelschichten, insbesondere die Opfer von Krieg, Arbeit und Inflation.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt diese Politik für verwerflich, denn sie steht im Gegensatz zu den Interessen der breiten werktätigen Massen. Sie macht der Stadtverwaltung die Erfüllung ihrer Pflichten im Kampfe gegen den sozialen Notstand unmöglich.

Die preußische Regierung wird aufgefordert, nicht nur alle Bestrebungen von anderer Seite zu unterstützen im Kampfe gegen die falsche Regierungspolitik, sie wird außerdem aufgefordert, durch ihre Vertreter im Reichsrat dahin zu wirken, daß die volksfeindliche, ungerechte und gefährliche Politik der gegenwärtigen Reichsregierung, insbesondere ihre Zoll- und Steuergesetzgebung, so schnell als möglich beseitigt wird und durch Abänderung des Finanzausgleichgesetzes den Gemeinden die Steuerzuwendungen gegeben werden, die sie benötigen.

Stadtverordnetenfraktion der KPD.

Busse erklärt, daß das **Stadtparlament** für derartige Anträge **„nicht zuständig"** sei. Er wird in einer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Genossen Günther und Kilian beteiligen, eines anderen belehrt. Trotzdem würgt Ordnungs-Busse sogar die Abstimmung über die „Zulässigkeit" des Entschließungsantrages ab. Diese Abwürgung bemäntelt er, wie das so seine Art ist, mit irgendeinem der dreimal gehelligten Paragraphen der Städteordnung. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Aus dem Gerichtssaal

Ein schwerer Junge aus dem völkischen Lager

Ein grelles Schlaglicht auf die verbrecherischen Elemente innerhalb der völkischen Organisationen warf eine Schwurgerichtsverhandlung gegen den Kraftwagenführer Kurt Knauth, der des Betruges, der Erpressung und des versuchten Totschlages angeklagt ist. Der Angeklagte lernte im vorigen Jahre in der „Libelle" einen jungen Kaufmanns namens Rummel kennen, der von seinem Vater so „knapp" gehalten wurde, daß er an einem Abend gleich einmal eine Zeche von mehr als 100 Mark machen konnte. Knauth, der sich Rummel gegenüber als Boxtrainer ausgegeben hatte, beschloß, diesen goldenen Vogel ganz gehörig zu rupfen. Zuerst erschwindelte er sich unter dem Vorhaben, im „Wintergarten" einen Boxsportabend zu veranstalten, 80 Mark. Eine ansehnliche Einnahmequelle erschloß sich ihm, als Rummel ihm mitteilte, daß er ein Mädchen habe, das er gern los sein wollte. Der charaktervolle Geselle lieh ihm hierzu seine Hilfe. Nachdem er sich mit Rummel verabredet hatte, traf er sich mit dem betreffenden Mädchen und richtete es so ein, daß Rummel, der verabredungsgemäß dazu kam, Grund hatte, das Verhältnis zu lösen. Die Hilfe des teutschen Helden sollte aber dem Rummel teuer zu stehen kommen. Knauth teilte seinem Freunde Rummel mit, daß sich das Mädchen in anderen Umständen befinde. Um nun die Sache aus der Welt zu schaffen, gab ihm Rummel 100 Mark als Kosten für eine Abtreibung. In Wirklichkeit behielt Knauth die Gelder, da das Mädchen überhaupt nicht in anderen Umständen war. Knauth brauchte immer mehr Geld und gab an, Schweigegeld bezahlen zu müssen. Schließlich flunkerte er dem Rummel vor, daß die Kriminalpolizei schon hinter ihm her sei und daß er aus Halle verschwinden müsse. Natürlich gab ihm Rummel das Schweigegeld. Knauth reiste nun nach Berlin, ließ Frau und Kind im Stich und schrieb an seinen Freund Rummel einen Brief nach dem anderen mit der Bitte um Zusendung von Geld. Als Rummel nicht mehr willig zahlte, fing Knauth aus Berlin an, Drohbriefe zu schreiben. Auf diese Weise gelang es ihm, von Rummel die ansehnliche Summe von **4000 Mark** zu erpressen. Der Angeklagte macht allerdings geltend, daß es [illegible] Mark gewesen seien. Rummel war aber schließlich doch hinter die Schliche seines „Freundes" gekommen und weigerte sich, noch weiter Geld herzugeben. Knauth ließ aber mit seinen Drohungen nicht nach, und so wurde er eines Tages nach der Wohnung des Rummel am Viktoriaplatz bestellt, wo er schon von einigen Kriminalbeamten erwartet wurde. Bei seiner Verhaftung zog er plötzlich einen Revolver aus der Tasche und gab auf die Beamten **mehrere scharfe Schüsse** ab, so daß diese gezwungen waren von ihm abzulassen und Deckung zu nehmen. Knauth flüchtete und wurde später in der Wohnung seiner Schwiegereltern festgenommen.

Knauth ist der **typische Stahlhelmjüngling.** Er wurde aus der 2. Klasse der Schule entlassen. Er scheint von jeher große Neigung für Schußwaffen gehabt zu haben. So soll er schon als Schuljunge ein Teching gestohlen haben. Bei der Firma Hagemann wurde er als Kraftwagenführer und Autoschlosser in einem Jahre (!) ausgebildet. Dann meldete er sich freiwillig zum Militär, gehörte den **Baltikumhorden** an und trieb sich eine Zeitlang auch noch in anderen Freischaren herum. Unter anderen war er auch bei der **Maerder-Gruppe** und nahm an den Kämpfen **gegen die oberschlesischen Arbeiter teil.** Man wurde von Seel geschüttelt, als dieser traurige Held auf Befragen des Vorsitzenden unter Tränen und Schluchzen angibt,

daß er die Waffe immer bei sich getragen habe, weil er immer mit Ueberfällen von den Kommunisten hätte rechnen müssen.

Wenn es mit Unverfrorenheit und Frechheit vorbei ist, treten bei all diesen Burschen die Tränendrüsen in Funktion. Gerade in der letzten Zeit hatte man sehr häufig Gelegenheit, zu beobachten, in welchen Mengen derartige Subjekte in den vaterländischen Organisationen unterschlüpfen.

Ganz eigenartig wirkt auf uns die Tatsache, daß Knauth nicht **aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde.** Er wurde nach zirka dreimonatiger Untersuchungshaft wieder **auf freien Fuß gesetzt.** Wahrscheinlich war er für die völkischen Organisationen unbekömmlich oder bestand kein Fluchtverdacht mehr? Wir erwähnen diese Tatsache darum ganz besonders, weil es sich bei dem Angeklagten um einen gerichtsnotorischen kriminellen Verbrecher handelt, der des versuchten Totschlags angeklagt ist. Auf der anderen Seite gibt es zahllose Beispiele, wo Arbeiter wegen lächerlichen Lappalien monatelang, oft sogar weit über die Dauer eines Jahres in Untersuchungshaft festgehalten werden. Aber das ist natürlich alles keine Klassenjustiz. Das ist jener Teil unserer herrlichen Verfassung, die da lautet: Vor dem Gesetz ist jeder gleich.

*

Das Urteil gegen Knauth lautete auf 2 Jahre Gefängnis wegen Erpressung, Betrugs und Widerstands gegen die Staatsgewalt und auf 3 Jahre Ehrverlust.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250922-19/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

An alle Ortsgruppen des Bezirks!

Unserer Aufforderung, bis zum 15. September die Abrechnung für den Monat August, sowie die restlose Abrechnung der Parteitagsmarken mit dem Bezirk vorzunehmen, sind nicht alle Ortsgruppen nachgekommen.

Wir fordern nunmehr die Vorsitzenden aller Ortsgruppen auf, sofort sich beim Kassierer davon zu überzeugen, ob die schriftliche sowie geldliche Abrechnung erfolgt ist. Alle restierenden Ortsgruppen müssen bis spätestens Montag, den 28. September, mit dem Bezirk abgerechnet haben.

Gleichzeitig machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die blaue Internationale-Marke 15 Pf. kostet.

Bezirksleitung KPD., Abt. Kasse.

Wie schützen wir uns vor der evangelischen Sittlichkeit?

Flugblätter im Kintopp-Stil hatten zu der Versammlung in der Torschule aufgerufen. Das glaubt niemand? Hier stehe der Beweis:

Text des Flugblattes,

unterschrieben von der „Ortsgruppe des Verbandes zur Förderung der Sittlichkeit" und der „Hallischen Vereinigung evangelischer Frauenverbände

„Die Frauenehre wird täglich neu beschmutzt, die sittliche Reinheit unserer Jugend täglich neu gefährdet.

Die Schamlosigkeit auf der Straße wächst beständig; immer jüngere Kinder fallen dem Laster zum Opfer. Daraus entstehende Krankheiten gefährden immer stärker Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Sittlichkeitsverbrechen an Kindern nehmen in erschreckendem Maße zu. Die Scheu vor dem Kinde führt Ungezählte zur Versündigung an sich selbst; Siechtum und freudelose Ehen sind die Folgen.

Gesetze können diesen Strom des Unheils, der uns zu überfluten droht, nur eindämmert, nicht verstopfen."

Text eines Kino-Inserats

aus den letzten Tagen:

„Das ist jenes unauslöschliche Zeichen, welches die Mädchen auf ewig aus der menschlichen Gesellschaft ausstößt, die dem Götzen Genuß in seine begierige Arme taumelten. Verfemt und gebrandmarkt wandern die Aermsten durch die Nacht . . .

Können wir sie verurteilen?

Wissen wir um die verschlungenen Pfade, durch welche sie das Schicksal peitschte? Haben nicht auch sie, die Letzten ihres Geschlechtes, eine Seele? Hat nicht auch an ihrem Bett dereinst eine Mutter gebetet? Doch — danach fragt die Welt nicht."

Es ist wirklich derselbe Ton, der hier eine andere Musik machen soll. Aber es ist die gleiche Musik. Man muß nur richtig hinhören können.

Die Aula der Torschule war gefüllt. Frauen, denen man das verbogene Gefühlsleben vom Gesicht ablesen konnte, Frauen Marke Luisen-Bund, Frauen, die aus Interessengründen zuhörten (Diakonissinnen und Lehrerinnen) . . . aber das schlimmste war: auch Proletarierfrauen befanden sich unter dieser Zuhörerschaft, von einer Religions- und Moralpsychose gepackt, daß einem Angst werden konnte. Da war zum Beispiel eine ganz mager, ganz schlecht gekleidet, die betete erst, bevor sie sich auf ihren Platz setzte. Es ist erschreckend, wie viel Arbeiterfrauen och der Kirche ins Garn gehen, selbst in Mitteldeutschland, wo das eigentlich längst überholt ist.

Man muß es der Frau Hasselblatt-Norden, die den Vortrag hielt, lassen, daß sie versuchte, ihre „lieben Mitschwestern" zum Zuhören zu bewegen. Jedes Mittel war ihr recht. Sie erzählte reichlich pornographische Episoden, die kleine Ausrufe des Schreckens und sexueller Aufgeregtheit hervorriefen — alle zum Zwecke der Abschreckung, sagte sie natürlich. Sie machten alle furchtbar fromme Gesichter dabei, aber die Atmosphäre wurde dadurch noch um so schmieriger — eine ekelhaftere Bigotterie hat es noch nicht gegeben. Das deutsche Vaterland, das nicht untergehen dürfe, spielte eine große Rolle, und die Not, in der wir jetzt lebten, sei von Gott geschickt, weil das deutsche Volk so viel sündigte. Nun wissen wir's also.

Aber der rote Faden, der sich durch die ganze Geschichte zog, durch diesen Kampf für Erhaltung des § 218, durch diese Erziehungsgrundsätze „zur Arbeit, wenn es sein muß, bis zum Zusammenbrechen", das war die Drohung: **„Die Ehe soll vernichtet werden, damit der Weltkommunismus errichtet werden kann."** Da ging ein Heulen und Zähneklappern durch die andächtige Gemeinde, und als die Rednerin mit theatralischer Geste hervorstieß:

„Sehen Sie nach Rußland, dort muß jedes Mädchen bis zu ihrem 18. Lebensjahre dem Staat zwangsweise ein Kind liefern",

wollte das Geraune und Gemurmel kein Ende nehmen. „Entsetzlich," hauchte eine alte Jungfer, die sich wahrscheinlich schon von einem Bolschewiken vergewaltigt sah.

Zum Schluß wurden Traktätchen verteilt, die, nach der Inhaltsangabe zu schließen, unter den Paragraphen der Schundliteratur fallen. Dann wurde gebetet und ein Choral gesungen. Dem konnte man sich nur durch schleunige Flucht entziehen.

*

Was bedeutet die ganze Veranstaltung? Ablenkung der Arbeiterfrauen von ihrer wirklichen Not. Mit ungeheurer Geschicklichkeit versucht die Bourgeoisie an alle Instinkte der nicht klassenbewußten Frauen zu appellieren. Während sie mit schlüpfriger Film-Industrie Geld verdient, schickt sie zu einem anderen Teil illusionsbesangener Proletarierinnen die Bibel. Beides dient einem Zweck: Verdummung und Niederhaltung zu erzwingen, ja kein Selbstbewußtsein und Klassenbewußtsein aufkommen zu lassen.

Die Frauen haben Hindenburg gewählt. Wer die gestrige Versammlung der evangelischen Frauenverbände gesehen hat, weiß, wie das möglich war.

Den kommunistischen Frauen aber muß dieses Symptom zeigen, wieviel Arbeit sie noch zu leisten haben. Denn ihre Aufgabe ist's, anzukämpfen gegen diesen Geist verdummender Kleinbürgerlichkeit. Die Reinheit und Größe, aber auch die historisch-materialistische Notwendigkeit unseres kommunistischen Ziels werden den klassenbewußten Arbeiterfrauen für ihre Aufklärungs- und Agitationsarbeit eine Ueberlegenheit dabei geben, die gegenüber der Knechtseligkeit heute noch nicht Begreifender alles durchzusetzen vermag.

Als erstes müssen die kommunistischen Frauen für ihre Presse werben. Der „Klassenkampf" wird manchen die Augen öffnen, die vom Generalanzeiger und schwarzweißroten Blättern ihre geistige Nahrung beziehen. Darum beginnt der Weg zu der Rettung evangelischer „Sittlichkeit" bei der **Werbearbeit für den „Klassenkampf".**

Olt.

Desinfektion am Krankenbett

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß nach der gemäß § 8 des Gesetzes, betr. die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, vom 28. August 1905 unterm 15. Januar 1908 erlassenen „Polizeilichen Anordnung" bei jedem Falle von Lungen- und Kehlkopftuberkulose die Desinfektion erforderlich ist. Die während der Dauer der Krankheit erforderliche Desinfektion am Krankenbett liegt in der Regel den Angehörigen ob, jedoch ist die Polizeiverwaltung berechtigt, sie durch besonders beauftragte Personen zu beaufsichtigen und nötigenfalls zu regeln. Die Schlußdesinfektion hat ausschließlich durch die städtischen Desinfektoren zu erfolgen. Die Aerzte sowie Hausbesitzer und Abvermieter jeder Art werden daher ersucht, bei vorgeschrittener Lungen- oder Kehlkopftuberkulose der Desinfektionsanstalt oder dem Polizeiverwaltungsbureau, Marktplatz 2, Eingang von der Schmeerstraße aus, Zimmer 36, sofort, gegebenenfalls auch durch Fernsprecher, Mitteilung zu machen, wenn der Kranke die von ihm benutzten Räume infolge Ueberführung in ein Krankenhaus oder in einen anderen Unterkunftsraum — Wohnungswechsel — verläßt. Die Desinfektion wird dann von den städtischen Desinfektoren unentgeltlich vorgenommen werden. Hausbesitzer oder Abvermieter, die in den vorstehenden Fällen eine Meldung unterlassen, würden sich möglicherweise haftpflichtig machen, wenn durch Unterlassen der Desinfektion eine Uebertragung auf die neuen Bewohner der Räume erfolgt.

Mehr als 600 Neuaufnahmen

hat der Rote Frontkämpfer-Bund in seiner Werbewoche gewonnen!

Sind alle diese neuen Mitglieder schon Leser des „Klassenkampf"?

Wer in die rote Front eintritt, muß auch die Zeitung lesen, die seiner Gesinnung entspricht

Darum, Ihr Werber, macht noch heute Eure neuen Kampfesbrüder auch zu Abonnenten des „Klassenkampf"

Die Schule im Dienste der Genossenschaftsbank

Wie sehr die bürgerliche Volksschule ein Werkzeug des Kapitalismus ist, beweist ein Brief, den die Genossenschaftsbank zu Halle an alle ihre Spar- und Darlehnskassen verschickt hat mit der Aufforderung, ihn an die Lehrer des betreffenden Bezirks weiterzugeben.

Der Brief lautet:

Genossenschaftsbank zu Halle a. d. S.
E. G. m. b. H. Halle, Mitte Juni 1925.

Sehr geehrter Herr Lehrer!

Wozu spare ich?

Durch unsere dortige Spar- und Darlehnskasse erlauben wir uns, an die Herren Lehrer der obersten Klassen heranzutreten mit der Bitte, die älteren Schüler und Schülerinnen über obiges Thema einen kurzen Aufsatz schreiben zu lassen. Für drei der besten Beantwortungen, deren Beurteilung wir dem Klassenlehrer überlassen, stiften wir je einen Preis von 1 Mark, wenn uns diese Aufsätze in Abschrift überlassen werden. Spätester Einreichungstermin ist der 15. Juli 1925. Die Kinder erhalten den Preis nicht in Bargeld, sondern sie bekommen ein Sparbuch auf die dortige Darlehnskasse über 1 Mark, sofern sie schon ein solches Sparbuch besitzen, einen Wertschein über eine Mark, den der Rendant der dortigen Darlehnskasse dem Kinde gutschreibt. Darum bitten wir, die uns eingereichten Preisarbeiten kenntlich zu machen durch:

Vor- und Zuname des Kindes.

Wohnort.

Bereich der Darlehnskasse.

Im voraus sagen wir Ihnen für ihre Mühewaltung besten Dank.

Genossenschaftsbank zu Halle a. d. S.
E. G. m. b. H.
gez. (zwei Unterschriften).

Hierzu schreibt das Genossenschaftsblatt des Verbandes hannoverscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, dem wir diesen Brief entnehmen, folgendes:

„Da mit allen Mitteln die Jugend zum Sparen herangezogen werden muß, dürfte auch der in Halle beschrittene Weg als geeignetes Hilfsmittel zu begrüßen sein."

Zunächst muß die Unverfrorenheit gebrandmarkt werden, mit der die Genossenschaftsbank in Halle es wagt, öffentliche staatliche Schulen für ihre privaten Geschäftszwecke einzuspannen und die aus den Steuergroschen der Proleten bezahlten Lehrer als ihre Handlanger zu benutzen. Sie hält das offenbar für ganz selbstverständlich, denn das Sparen ist ja das erste und vornehmste Gebot in einer kapitalistischen Gesellschaft — natürlich nur für die Armen. Man hat auch nichts gehört, daß die Schulbehörden gegen diesen Unfug eingeschritten wären. In der Herbeischaffung von Geld für die Agrar- und Industriekapitalisten, für die kleinen wie für die großen, sind eben „alle Mittel" erlaubt. Wir Proletarier jedoch protestieren aufs schärfste dagegen, daß unsere Kinder im Geiste des kleinbürgerlichen Sparens und Feilschens erzogen werden, ganz abgesehen von der Tatsache, daß die ihnen so abgelockten Spargelder nur dazu beitragen sollen, um die Kreditschwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie zu erleichtern.

*

Einen Fingerzeig, wie diese Sparsamkeit ermöglicht werden soll, geben die „Hallischen Nachrichten", die eine „Anregung" des Volksbildungsministers — zu deutsch Kultusministers — veröffentlichen. Danach soll die Regierung ersucht werden, allgemein zur Förderung von Schul- und Jugendsparkassen anzuregen. Sie sollen aber nicht gefordert, sondern dem freiwilligen Wirken überlassen bleiben. Es soll auch kein bestimmtes Sparkassensystem empfohlen werden. Die Beteiligung der Lehrerschaft bei dem Betrieb der Schulsparkassen könne aber nur eine rein freiwillige sein. Es soll aber darauf geachtet werden, daß die Lehrer nicht irgendeine, wenn auch verschleierte Entschädigung erhalten. Im Rahmen ihrer Aufsichtsbefugnisse haben die Schulverwaltungen den Verkehr auf ihre Ordnungsmäßigkeit zu überwachen.

Die ganze Sache ist sehr durchsichtig, wenn man die oben geschilderte Kampagne der agrarischen Banken damit in Verbindung bringt. Es kann nicht eindringlich genug davor gewarnt werden.

Dölau

Aus der Gemeindevertretung. Nachdem der Bezirksausschuß den von der Arbeiterschaft eingelegten Protest gegen die Gemeindewahl abgewiesen hat, erfolgte letztens die Gemeindevorstandswahl. Die bürgerliche Mehrheit setzte an die Stelle des Gemeindevorstehers ihren Häuptling, den Gartentechniker F. Bode mit 9 Stimmen. Der Kandidat der Arbeiterschaft erhielt nur 6 Stimmen. Um ganz sicher die Majorität zu erlangen, halten die Bürgerlichen eines ihrer schwerkranken Mitglieder direkt aus dem Krankenhaus mit dem Auto geholt. Bei der Schöffenwahl entfielen zwei Vertreter auf die Bürgerlichen und zwei auf die Arbeiter, denn das Los entschied zu unseren Gunsten. Dadurch sind die Bürgerlichen im Vorstand nicht allein, sondern auch die Arbeiter werden ihr gewichtiges Wort dort mitsprechen.

In der letzten Sitzung kam endlich zum Abschluß, was schon drei Sitzungen beschäftigte, und zwar das Gehalt der Gemeindeangestellten. Es zeigte sich, wie die Bürgerlichen für ihre Anhänger sorgten. Am drastischsten zeigte sich dies bei der Festsetzung des Gehalts Boley-Schmeil. Die Verantwortung beider ist gleich. Ersterer wurde in der Festsetzung des Gehalts als Angestellter behandelt, während letzterer nur als Arbeiter angesehen wurde. Die Ausbildung von dem Werkmeister Schmeil ist praktisch und theoretisch weiter vorgeschritten, als die von Boley. Die Angestellten, welche mit ihrer Gehaltsfestsetzung nicht zufrieden sind, werden durch ihre Organisation ihr Recht suchen, wobei die Allgemeinheit die Kosten trägt. Weiter wurde die Kartensteuer-Eingabe des Kinobesitzers behandelt. Von seiten der Arbeitervertreter konnte eine Notlage nicht anerkannt werden. — Trotz erhöhter Hauszinssteuer befindet sich auf dem Kirchweg ein Haus in vollständig verwahrlostem Zustande. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß von seiten der Gemeinde keine Abhilfe geschaffen werden könnte. Darum ist es notwendig, daß sich Mieter und Arbeiter-Hauswirte im gemeinsamen Kampf zusammenfinden.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute, Dienstag, ½8 Uhr abend Bezirksleitungssitzung im Jugendsekretariat.

Mittwoch, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung mit Fraktionsleitern im Jugendsekretariat

Alle Musikspieler treffen sich um 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft zur Uebungsstunde.

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle

Mittwoch treffen sich alle Spielleute bei schönem Wetter um 6 Uhr auf der Peißnitz.

Mittwoch 4 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Abrechnen sämtlicher Zeitungen, Karten und Listen.

Arbeiter-Sport

Die Leichtathletik vom grünen Rasen zur Halle

Nachdem nun die schöne Jahreszeit, der Sommer, an uns vorübergegangen ist, müssen auch die Sportler, um nicht dem Winterschlafe zu verfallen, ihre Tätigkeit umstellen. Die Leichtathletik ist vor allem davon betroffen. Um nun das im Sommer Gelernte nicht wieder zu vergessen, muß sich der Leichtathlet im Winter vom grünen Rasen zur Halle umstellen. Das Wort **„Hallentraining"** besagt viel. Wir müssen das Gelernte in der Halle durch fleißiges Ueben, durch Atemgymnastik und Lockerungsübungen usw. wachhalten und vervollständigen. Alle Sportarten können trainiert werden, nur der gute Wille muß da sein.

Vor allem müssen wir unsere Jugend dazu heranziehen; denn gerade dieser fehlt noch die nötige Schulung und das Interesse. Das erreichen wir durch den Sport. Denn Sport ist Erziehung und Selbstdisziplin. Auch die **Fußballer** müssen sich mehr der Leichtathletik widmen und nicht nur dem Ball huldigen. Gerade im Winter braucht er es am nötigsten, da er nicht jeden Sonntag spielen kann, um seinen Körper wirkliche vielseitige Nahrung zuzuführen. Durch das Training in der Halle wird er das erreichen. In diesem Jahre findet nun am 25. Oktober zum erstenmal ein Kreis-Hallen-Sportfest statt. Die Wettkämpfe werden von den Sparten gesondert ausgetragen. Somit ist also auch für uns Fußballer etwas getan. Es ist nun einmal so, und das können wir nicht ableugnen, daß wir durch das einseitige Training etwas zurückgekommen sind. Das müssen wir nachholen. Es ist verschiedentlich angeregt worden, daß wir als Fußballer gelondert Wettkämpfe austragen. Dem wird Rechnung getragen, und es wird mehr Lust und Liebe kommen zum schönen Sport der Leichtathletik. Nun, Sportler, tut alle Eure Pflicht. Geht über zum Hallentraining, damit wir im Frühjahr als wirkliche Leichtathleten mitreden können.

H. K.

Weitere Serienspiel-Resultate

Askania 1. — Brudkorf 1. 1 : 1.
Askania 2. — Brudkorf 2. 6 : 0.
Askania Jugend — Brudkorf Jugend 2 : 3.
Lettin 2. — Teicha 2. 2 : 2.

Da Zörbig Jugend nicht angetreten ist, erhält Minerva die Punkte.

Die Spiele in Ammendorf fielen aus, da der Platz von seinem Besitzer lt. Vertrag anderweitig verwendet wird. Der neue Platz ist aber noch nicht fertig.

Hast Du noch alte Hefte der „Internationale"?

Wir erhielten auf die Anforderung, die Hefte 19/20 vom 2. Jahrgang 1920, Heft 21 vom 2. Jahrgang 1920, Heft 12/13 vom 4. Jahrgang 1921/22, Heft 1/2 vom 5. Jahrgang 1922 einzusenden, so viel Hefte zugesandt, daß sie zur Füllung unseres Archivs reichen, und bitten die Genossen, von weiteren Zusendungen abzusehen.

Mit kommunistischem Gruß

Vereinigung Intern. Verlagsanstalten, Berlin SW 61, Planufer 17.

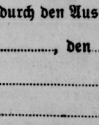
Verlangen Sie

bei Ihrem Kaufmann nicht einfach „Fleischbrüh-Würfel", sondern stets ausdrücklich

Maggi's *2947

Fleischbrüh-Würfel

Nur echt mit dem Namen „Maggi" und der rot-gelben Packung

1 Würfel  4 Pf.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt vom .....
ab zum monatlichen Bezugspreise von **2,30** Mk. den

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg
mit den Beilagen:
„Lehren, Wissen, Kunst" / „Kämpfende Jugend" / „Befreites Land" / „Der kommunistische Gewerkschafter" / „Die Kommunistin" / „Der kommunistische Genossenschafter" / „Aus den Betrieben" / Illustr. Arbeiterzeitung „Der Rote Stern"
u. a.

Die Zustellung soll durch den Austräger / Post erfolgen

Wohnort: ....., den .....192.....

Name: .....

Straße: .....

Hausnummer: ..... und Stockwerk: .....

oder bei: .....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250922-19/fragment/page=0007

Gewerkschaftsbewegung

Bericht von der 12. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Am 20. September wurde in Magdeburg der 12 Verbandstag der Porzellanarbeiter eröffnet. Im Mittelpunkt dieser Tagung wird die Frage: **Schaffung eines Industrieverbandes der keramischen Industrie oder Anschluß des Porzellanarbeiterverbandes an einen größeren freigewerkschaftlichen Verband** stehen. Von den beiden großen Verbänden, die für den Anschluß in Betracht kommen, dem Fabrikarbeiterverband und dem Baugewerksbund, sind Vertreter der Hauptvorstände anwesend.

Durch den Vorsitzenden des Verbandes wird die Tagung durch eine Begrüßungsrede eröffnet, in welcher er zum Ausdruck bringt, daß in den letzten drei Jahren der Verband durch die Inflation, durch das brutale Auftreten der Unternehmer schwer zu kämpfen hatte. Er hofft, daß die gewerkschaftliche Arbeit in Zukunft wieder vorwärts gehen wird. Anschließend finden Begrüßungsansprachen und Wahl des Präsidiums sowie einer Beschwerdekommission statt.

In seinem **Rechenschaftsbericht**, der ausführlich den Delegierten gedruckt vorlag, besprach der Vorsitzende die internationale finanzielle Hilfe, die vom tschechischen Bruderverband insbesondere gewährt wurden ist. Der Kassierer behandelt eingehend die Mängel und Schwächen, die sich bei der Kassierung der Beiträge und Abrechnungen gezeigt haben. Er macht in seinen Ausführungen keinen Unterschied zwischen der parteipolitischen Einstellung der Personen, die er kritisierte. Er erzählte Fälle, wo **der Sozialdemokratischen Partei angehörende Funktionäre**, in bezug auf ihre Tätigkeit in der Gewerkschaftsarbeit **nicht immer so gehandelt haben, wie es im Interesse der Organisation notwendig war.** Scharf wandte er sich gegen die Beitragsschinderei, die unter der Kollegenschaft Platz gegriffen hat.

In der **Diskussion** zu dem gesamten Vorstandsbericht sprach als erster der Kollege Meinhardt, dem die unparteiischen Ausführungen des Kassiterers wohl nicht aus dem Herzen gesprochen waren. Er meinte, der Kassierer hätte nicht die Ursachen untersucht, die Schuld an der ungenügenden finanziellen Opferwilligkeit der Kollegen sei. Nach seinem Dafürhalten sei es die antigewerkschaftliche Stimmung, die von einer gewissen Seite (Kommunisten) erzeugt worden sei. Als die 8-Stundenmarke hinausgekommen sei, hätten die Kollegen gesagt: Erst habt Ihr den 8-Stundentag preisgegeben und jetzt wollt Ihr ihn durch Volksentscheid wiederholen, Ihr Verräter! Bemerkenswert war, daß **Meinhardt keinen konkreten Fall anführen konnte.** Dagegen hatte der Kassierer ganz konkrete Fälle angeführt, wo nicht einmal Angestellte des Verbandes 8-Stundenmarken abgenommen hatten. Die Ausführungen Meinhardts fanden bei der Mehrzahl der Delegierten keinen Beifall. Jeder hatte das Gefühl, daß sie wenig am Platze waren.

Höpfner, Rehau, sprach seine Verwunderung aus, daß der Hauptvorstand in seinem mündlichen Bericht die Frage der **Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit** übergangen hat. Er ersucht, daß der Hauptvorstand in seinen späteren Ausführungen dazu Stellung nimmt. Die Auffassung zu dieser Frage in der „Ameise" kann er nicht teilen. Es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften, den technischen Fortschritt in Amerika zu studieren, sondern wichtiger für die Arbeiterschaft in Deutschland ist es, **in Rußland festzustellen, wie die Arbeiter dort ihre Freiheit errungen haben.** Um den technischen Fortschritt in Amerika sollen sich in erster Linie die deutschen Kapitalisten selbst kümmern. Er gibt zu, daß in Rußland die keramische Industrie nicht so auf der Höhe ist wie in Deutschland, das ist aber noch kein Grund, einen Vergleich mit Zukukassen anzustellen, wie es in der „Ameise" geschah. Es ist auch falsch, von „unverantwortlichen Elementen" zu reden, die an dem Rückgang der Organisation schuld seien. **Es waren vor allem die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die sich seit 1918 ständig zugespitzt haben und** einer Diskussion innerhalb der Gewerkschaften die Schärfe gaben. Es wird dabei viel von der sachlichen Haltung des Hauptvorstandes abhangen, ob der Meinungskampf die harten Formen annimmt wie früher. Zum Schluß betonte Höpfner, daß **wir als Kommunisten alles tun werden, um die Organisation an Mitgliedern und finanziell zu stärken.** Er bringt den Beweis, daß in seiner Zahlstelle, wo der Vorstand aus zwei Drittel Kommunisten besteht, noch ein gutes Organisationsverhältnis ist und die Kollegenschaft noch jederzeit ihre Pflicht erfüllt hat.

Städler, Kahbütte, polemisiert gegen Höpfner und spricht von revolutionären Kollegen, die nur die große Klappe hätten. Auf einen Zuruf, die Beweise zu bringen, bringt er wieder eine Behauptung ohne Beweis, nämlich daß Kollegen aus der Kommunistischen Partei herausgeschmissen wären, weil sie sich weigerten, die Gewerkschaftsführer herunterzureißen. Er nannte weder Namen, noch konnte er solche Anweisungen der KPD. zitieren.

Der Antrag Alt, Haldensleben, einen Vortrag über das Thema: „Amsterdam und Moskau" halten zu lassen, wurde vom Verbandstag abgelehnt. Dafür stimmten nur sieben Delegierte.

2. Verhandlungstag.

In der Diskussion zum Vorstandsbericht empfahlen verschiedene Delegierte, die Funktionäre weiter zu schulen, um wieder einen großen Funktionärstab in der Organisation zu schaffen, der durch den Terror der Unternehmer gelitten hat. Von Lautermann wird vorgeschlagen, gestaffelte Beiträge zu schaffen. Bressel und Markhardt führen an, daß in ihren Betrieben der Achtstundentag erhalten geblieben ist und sie als Kommunisten mit der kommunistisch eingestellten Belegschaft ständig gegen jede Verschlechterung gekämpft haben. **Beide betonen, daß sie alles tun werden, daß die Organisation gestärkt wird.** Sie wenden sich dagegen, daß man alle Schuld bei den Kommunisten suchen will. Karl vom Verbandsbureau meint, die russischen Gewerkschaften könnten sich jederzeit unter Anerkennung der Statuten der Amsterdamer Internationale anschließen. In Rußland würden die Rußlandsdelegierten am Halsterseil herumgeführt. Er berichtet von Kollegen des Verbandes, die in Rußland waren und gern wieder nach Deutschland zurückgekehrt seien. Er meint, daß es deshalb nicht notwendig sei, nach Rußland zu gehen. Der Kollege Bressel gibt Aufschluß über die Kollegen, die in Rußland waren. Sie waren auf eigene Veranlassung hingefahren und wollten dort rote Betriebsdirektoren werden. Der eine Kollege hatte dort einen Finger verloren, war 9 Monate krank und hatte während dieser Zeit seinen vollen Lohn bekommen. Als sie nach Deutschland zurückkamen, brachte jeder 900 Mark Barvermögen mit, daß sie sich erspart hatten. Mir haben sie erklärt, daß sie jederzeit gern wieder nach Rußland möchten.

Diese Ausführungen klangen wesentlich anders, als die von Karl. Auf Meinhardt wirkten sie so, daß er sofort das Wort zur Geschäftsordnung verlangte. Er erblicke darin einen Versuch von seiten der Kommunisten, doch noch eine **Delegation nach Sowjet-Rußland** zustande zu bringen. Dabei hat Bressel mit keinem Wort in seinen Ausführungen dieses Verlangen nochmals gestellt. Auf Grund der Ausführungen von Karl ergriff auch Höpfner noch einmal das Wort und wies die unwahre Behauptung zurück, daß er sich vor jeder Aussprache drücke. Sehr zutreffend erklärte er: Wenn Ihr von den russischen Gewerkschaften verlangt, sie sollen zu uns kommen, dann wäre es dasselbe, als wenn der Porzellanarbeiter-Verband bei der Schaffung des Industrieverbandes vom Fabrikarbeiter-Verband oder Baugewerksbund verlangt, sie sollen zum Porzellanarbeiter-Verband kommen. So wie hier eine **gegenseitige Verständigung und Meinungsaustausch erst stattfinden muß,** ist es auch bei der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit.

Im Gegensatz zu manchen anderen Diskussionsredner versucht Kühn (Hauptvorstand) sachlich zu begründen, warum er der Auffassung ist, daß die Gewerkschaften sich nach den Ländern orientieren sollen, wo die Technik am höchsten entwickelt ist. Er meint, Deutschland werde in den kommenden Jahren amerikanisiert werden, und da sei es notwendig festzustellen, welchen Einfluß die Arbeiter sich in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern gesichert haben. Er meint, daß in Rußland wohl andere Leute die Staatsgeschäfte leiten und andere Redensarten im Munde führen, aber einen Unterschied in der Ausbeutung der Arbeiter gäbe es nicht.

Apel vom Verbandsbureau ergänzt das Bild über die Tätigkeit des Vorstandes und erklärt, daß sie durch die kolossale Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im vorigen Jahre gezwungen wären, Ausnahmen bei den Arbeitszeitverhandlungen zuzulassen. Nur ein kleiner Teil der Kollegenschaft arbeite länger als acht Stunden. Die Funktionäre sollen alles tun, um **jede Arbeitszeitverlängerung abzuwehren,** und er verspricht, wenn die Lage für den Verband wieder günstig ist, auch die Ausnahmebestimmungen wieder zu beseitigen.

Hafmann, Ilmenau, versucht den Beweis zu erbringen, daß die radikale Bewegung doch schuld am Rückgang der Organisation sei. Er stellt aber auch fest, daß es in seinem Arbeitsgebiet kommunistische Zahlstellen gibt, die geradezu vorbildlich für die Organisation wirken.

Neues aus aller Welt

Geständnis in der Mordsache Rosen

Berlin, 18. September. Der „Lokal-Anzeiger" meldet aus Breslau: Der in der vergangenen Woche dem zuständigen Ermittlungsrichter zugeführte Einbrecher Fleischer hat heute im Untersuchungsgefängnis ein auffehenerregendes Geständnis abgelegt. Er gibt an, mit einem Komplicen den Professor Rosen und den Schuhmacher Stock ermordet zu haben, während ein dritter Schmiere gestanden habe. Die drei sind angeblich unmittelbar nach der Tat gestört worden und dann geflohen. Auf die Frage des Untersuchungsrichters, wie weit die Wirtschafterin Neumann als Mitwisserin in Frage komme, verweigert der Verbrecher jede Antwort. Dieses Geständnis gewinnt eine um so mysteriösere Bedeutung, als sich Fleischer unmittelbar nach Abgabe seiner Erklärungen weigerte, sein ihm schriftlich vorgelegtes Geständnis zu unterschreiben. Als der Untersuchungsrichter ihn fragte, ob er das Geständnis widerrufen wolle, blieb er ausdrücklich bei seinen Angaben, lehnte es aber ganz entschieden ab, eine Unterschrift zu leisten. Dem Fleischer werden außerdem ca. 160 Einbrüche in der Provinz Schlesien zur Last gelegt. Allein für diese Taten hat er eine mehrjährige Zuchthausstrafe zu gewärtigen.

Kaisers-Geburtstag-Ersatz

Berlin, 19. September. Wie die Vaterländischen Verbände Groß-Berlins mitteilen, begehen sie die Geburtstagsfeier des Reichspräsidenten am 2. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain. Eintritt 40 Pfennig. Programme von Montag an in der Geschäftsstelle Martin-Luther-Straße 97 I und beim Deutschen Ostbund, Potsdamerstraße 14.

13000 neue Rundfunthörer in 2 Monaten!

Die Anzahl der Teilnehmer an den Darbietungen der deutschen Rundfunkgesellschaft ist vom 1. Juli bis 1. September von 839 000 auf 850 000 gestiegen. Den Hauptanteil an diesem W[illegible] hat der Sendebereich Berlin, der im Juli 6000 und im Au[illegible]s 7000 Hörer neu gewann.

Palastbrand in Tokio

Berlin, 21. September. Wie die „Morgenpost" aus Tanger meldet, hat am Sonnabendvormittag eine Feuersbrunst das Palais des Ministerpräsidenten vollständig zerstört. Der Schaden wird auf 20 Millionen Yen geschätzt. Am Sonntagvormittag wurde auch das Schloß des Prinzen Tokugawa durch Feuer völlig zerstört. Der Schaden wird auf 1 Million Yen geschätzt. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Schwerer Automobilunfall bei Koblenz

Koblenz, 21. September. Gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr wurden auf der Landstraße zwischen Spay und Rhem vier Personen von einem Auto überfahren. Drei Personen aus Rhem, Mann, Frau und 18jährige Tochter, wurden sofort getötet. Ein 27jähriges Fräulein, das sich in Begleitung der Getöteten befand, wurde schwer verletzt. Das Unglück entstand dadurch, daß der Wagen in schnellem Tempo über die Straße fuhr und daß die Blendscheiben nicht abgeblendet waren.

Typhusfälle auch in Hannover

Hannover, 22. September. Hier sind mehrere Typhusfälle in Erscheinung getreten, die amtlich bestätigt worden sind. Die Behörden tun so, als ob sie etwas gegen die sich immer mehr ausbreitende Typhus-Epidemie täten. Durchgreifende Maßnahmen werden indes nirgends getroffen.

Der teuere Höfle-Ausschuß

Berlin, 21. September. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, betragen die Kosten für den amtlichen Bericht des Höfle-Untersuchungsausschusses bisher 42 000 Mark.

Schwerer Unglücksfall bei den estnischen Manövern

Reval, 21. September. Im Verlauf der gegenwärtig stattfindenden estnischen Manöver kam es zu einem schweren Unglücksfall. Auf der Strecke Walk-Reval stießen heute gegen 2 Uhr früh zwei Panzerzüge zusammen. Nach den bisherigen Meldungen sind **fünf Tote und 8 Verletzte** zu verzeichnen. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Verkehr auf der Strecke konnte inzwischen wieder aufgenommen werden.

Neue Taifunkatastrophe in Japan

Neuyork, 19. September. Ein neuer Taifun hat das südwestliche Japan von Schikoku bis Kiushiu heimgesucht. Auch in der Umgebung von Osaka hat der Taifun schweren Schaden angerichtet. In verschiedenen Gegenden sind Flüsse weit über ihre Ufer getreten und bedrohen Dörfer und Städte.

Abd el Krim verwundet?

Paris, 21. September. „Neuyork Herald" meldet aus Fez, Abd el Krim sei bei den Kämpfen um Bibane durch eine Maschinengewehrkugel am linken Bein verwundet worden.

Einsturz des größten Kranes in Mitteldeutschland

Dessau. Auf dem Gelände der Holzindustrie AG. Alten brach der Lufkran zusammen, der der größte seiner Art in Mitteldeutschland war und bisher die schwersten Hölzer bewältigt hatte.

Bankett der Bankiers

In Berlin sind vorige Woche der sechste deutsche Bankier-Tag statt. „Zu Ehren der deutschen Finanzwelt" wurde in der Börse ein Bankett veranstaltet.

„Wissen Sie schon? Zwölfhundert Persönlichkeiten sind anwesend. Ehrenwort: Steht schon im „Berliner Börsen-Courier". Lauter Prominente. Was wollen Sie wissen? — Jawohl, der mit dem Sektglas, das ist Schlieben, und der sich zum zweiten Male Ganjebrust nimmt, das ist Reubaus. Eine Hitze ist hier! Sehen Sie bloß, wie der alte Mailänder aus Fürth schwitzt!"

Stimme des Redner: **„Die Zeit des Papiergeldes ist, Gott sei Dank, vorbei, die Zeit der Münze beginnt wieder. Daß das Schwerste überwunden ist, auch für die Bankiers, die hier an der Stätte des Geldes, in der Börse zusammengekommen sind, kann als sicher gelten."**

„Eine launige Ansprache, was? Hoffentlich schlägt nun auch bald die Stunde der wirklichen Erlösung Deutschlands, deutsch gesagt. Wollen Sie mit mal den Mosel herüberreichen? — Danke, Rotwein habe ich jetzt genug."

Stimme des Redners: **„Keine Maßnahme mit dem Ziele einer Produktionsförderung darf hart erscheinen."**

„Sehr richtig, nur die Mehrarbeit kann uns retten. Hindenburg werde hart! Gut gesagt, wie? Ist Ihre Familie schon aus Sylt zurück? — Ich fahre morgen wieder hinüber. Mein Laden geht von selber. Otto ist gestern zum Tage der Republik nach Heidelberg gefahren. Im eigenen Auto natürlich. Die guten Leute freuen sich immer kolossal, wenn einer von uns dabei ist."

Stimme des Redners: **„Keine notwendige Ermäßigung der öffentlichen Lasten darf als unsozial verschrien werden."**

„Ich bitte Sie: Was heißt unsozial? Wenn ich mein ganzes schönes Geld an den Staat abliefern muß, kann ich keine Geschäfte machen. Kann ich keine Geschäfte machen, kann ich nichts kaufen. Kann ich nichts kaufen, kann nicht produziert werden. Kann nicht produziert werden, fliegt der Arbeiter auf die Straße. Also: Je weniger ich Steuern zahle, desto mehr haben die Arbeiter zu tun. — Auf Ihr Wohl, Herr Oberbürgermeister! Danke, ganz auf meiner Seite. Zum Wohle, Herr Polizeipräsident! Sie sind der Richtige, das muß ich meiner Frau erzählen."

Stimme des Redner: **„Man kann nicht nachts nach Preissenkung schreien und tagsüber Lohnstreiks erlauben."**

„Sehr richtig! Mir wie aus der Seele gesprochen, Kollege Urbig. Der Mann ist gut. Wie? — Nein, keine Eisspeise mehr. Diese Oder sind zu aufdringlich. Eisspeise! Damit ich wieder Magendrücken bekomme!"

Stimme des Redners: **„Man kann nicht einen Krieg verlieren und in seiner Lebensform so tun, als ob wir einen Krieg gewonnen hätten."**

„Na, vielleicht klappt es das nächste Mal. Bitte, probieren Sie meine Sorte. Das ist eine Zigarre, wie? Dieselbe hat früher der Kaiser geraucht. Ehrenwort."

Stimme des Redners: **„Und wenn mein verehrter Freund, Herr Geheimrat Rießer, verlangt hat, daß jeder in Deutschland heute mehr als seine Pflicht tun muß, so sind dies alles Wahrheiten, bittre allerdings für diejenigen, die Politik für die Straße machen. Preußen hat sich großgehungert!"**

„Ganz meine Meinung! Wenn ich denke, wie ich nach Berlin gekommen bin: mit 30 Pfennig und einer trockenen Schrippe in der Tasche! Und wie stehe ich heute da?"

Stimmes des Redners: **„Der Beamte muß ein Freund des Bürgers, der Arbeiter ein Freund des Unternehmers werden. Das Mittel ist gemeinsame Mehrarbeit, Bescheidenheit der Lebensführung, altpreußische Sparsamkeit und Steigerung der Produktion zur Hebung der Ausfuhr. Dann wird auch Deutschland wieder seinen Platz an der Sonne erobern!"**

„Hurra! Klatschen Sie doch mit! Warum klatschen Sie nicht mit? — Ach so, Sie haben gerade etwas in der Hand. Was ich sagen wollte: Diesen Sommer habe ich Scheidemann kennengelernt. In Darmstadt. Der Mann hat sehr vernünftige Ansichten. So müßten alle Arbeiter denken. — Gehen Sie jetzt mit? — Ach, irgendwohin. Ein bißchen amüsieren. Aber den Witz muß ich Ihnen schnell noch erzählen: also, in der gestrigen Nachtsitzung wurde beschlossen, Berlin umzutaufen. Es wurden zwei Vorschläge gemacht: 1. Ausgleichenberg, 2. Bankrotterdam. Originell, was? Den habe ich von Scholz, und der hat ihn von Heilmann, aus zweiter Hand natürlich." Slang.

Theater und Konzerte

Felix-Mendelssohn-Konzert des Frauenchors

Der Arbeiter-Frauen- und Mädchenchor wird nach einem Jahr ernstester Arbeit am **Dienstag, dem 6. Oktober, im großen Saal des „Volkspark"** mit einem Konzert an die Oeffentlichkeit treten. Sämtliche Programmnummern sind wertvoll und gut durchgearbeitet, wie überhaupt der Chor mit der Ausführung dieses Mendelssohn-Abends von der Absicht ausgeht, der Arbeiterschaft immer nur das Beste bieten zu wollen. Alle Chöre sind mit Orchesterbegleitung, ausgeführt von der durch die Sommerkonzerte beliebt gewordenen Schützeschen Kapelle, welche das Programm außerdem mit Orchestervorträgen von Mendelssohn würdevoll umrahmen wird.

Wir hoffen, daß der Frauenchor, in der Absicht, reine und beste Kunst in die Arbeiterschaft zu tragen, durch zahlreichen Besuch unterstützt wird.

Wir bitten, von dem Vorverkauf bei sämtlichen Mitgliedern und bei den durch Plakate kenntlichen Stellen regen Gebrauch zu machen.

•

Stadttheater. Am heutigen Dienstag „Troubadour". Mittwoch „Die heilige Johanna". Donnerstag „Glöckchen des Eremiten". Freitag und Sonntag „Gräfin Mariza". Sonnabend „Judith". — Infolge plötzlicher Erkrankung der Darstellerin der Titelrolle in „Die heilige Johanna" in den Abendstunden, mußte am Sonnabend „Gräfin Mariza" gegeben werden.

Volksbühne. Die Mitglieder der Theatergemeinde C, die am Sonnabend die Ersatzvorstellung („Mariza") nicht besuchten, können ihre Karten für die am 30. September stattfindende Aufführung der „Heiligen Johanna" in der Geschäftsstelle umtauschen. Auch für die anderen Mitglieder ist Gelegenheit gegeben, Karten zur „Heiligen Johanna" zu bekommen. Um allen Wünschen nachkommen zu können, bitten wir, die Mitgliedskarten möglichst bis Mittwoch, den 23. September, in der Geschäftsstelle zum Umtausch vorzulegen.

Volksbühne. Unsere nächsten Spieltage für die Stadttheateraufführungen sind folgende: 1. Spielreihe „Die heilige Johanna", und zwar Spielgemeinde D am 30. September. Für die 2. Spielreihe, und zwar Spielgemeinde G „Tannhäuser" am 21. September, für H und J „Judith" (Tannhäuser folgt als 2. Vorstellung), und zwar für H am 26. September und für J am 3. Oktober. Die Besonnjahre des Spieltages für 2 erfolgt später. Um genaue Beachtung der Einlösungstermine wird gebeten.

Die Kammerspiele bringen Fuldas „Jugendfreunde" am 28. September für Gemeinde T und am 27. September für Gemeinde S. Die Nachfrage nach Karten für die zweite Kammerspielgemeinde (S) ist äußerst rege. Da nur eine beschränkte Anzahl Karten zur Verfügung steht, empfehlen wir allen Interessenten, die Einzeichnung in den nächsten Tagen vorzunehmen. 5 Werke 5 Mark, zahlbar in Raten von 1 Mark. Für die Stadttheateraufführungen werden täglich von 9 bis 1½ Uhr und 3 bis 5 Uhr in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Anmeldungen entgegengenommen. Die Platzkarten für das 1. Konzert am 27. September, vormittags 11 Uhr, können gegen Vorzeigen der gelösten Dauerkarten in der Geschäftsstelle abgeholt werden.

Aenderungen im Spielplan des Mitteldeutschen Landestheaters (Halle, Direktion Ernst Reschke und Hermann Lange). Infolge Erkrankung des Oberregisseurs Dr. Edgar Groß muß der Spielplan des Mitteldeutschen Landestheaters einige Aenderungen erfahren. Es erscheinen im September folgende Werke: Urfaust von Goethe (Regie Ernst Reschke), Wettlauf mit dem Schatten von William v. Scholz (Regie Hermann Lange), Jugendfreunde von Ludwig Fulda (Regie Ernst Reschke).

Otto Reutter im Wolkaltaeater. Allabendlich erfreut Otto Reutter die zahlreich erschienenen Gäste mit seinen Darbietungen. Neben Reutter wirkt eine Schar auserlesener Kunsttäte, die sich mit ihren glänzenden Leistungen den wohlverdienten Applaus der Besucher unschwer sichern. Bemerkt sei, daß Karten stets für drei Tage im voraus an der von 11 Uhr an ununterbrochen geöffneten Kasse zu haben sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250922-19/fragment/page=0008